# Christ und Sozialist

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands e. V.

4./IV. Vierteljahr 1981

# Inhalt

Johannes Harder: Wir sind Aufmacher

Eva Lüders: Basileia

Ansprachen bei der Friedenskundgebung in Bonn Heinrich Albertz: Wir wollen wissen, was kommt Helmut Gollwitzer: Wir rücken ihnen auf den Leib Erhard Eppler: Wer macht hierzulande Angst?

Ulrich Schmid:

Fragen zur Friedensbewegung

Heinz Röhr:

Jubliäumstreffen der Habertshöfer und Neuwerker

Christiane und Ulrich Dannemann/Holger Börner: »Regionaltheologie« oder Theologie für die Zukunft der Menschheit?

Buchbesprechungen

F. Boll/M. Linz/Th. Seiterich (Hg.): Wird es denn überhaupt gehen? (K. Kreppel) Joh. Baptist Metz: Jenseits bürgerlicher Religion (H.-H. Hücking) Helmut Frenz (Hg.): Stimme der Verstummten (M. Kühn-Ludewig) Elisabeth Moltmann-Wendel: Ein eigener Mensch werden (A. Muhr-Nelson) Günter Brakelmann (Hg.): Kirche im Krieg (R. Gaede)

## Bundesnachrichten

Internationale Konferenz christlicher Sozialisten in Wien (R. Gaede)
Tagung des Internationalen Bundes Religiöser Sozialisten (H. Gloyer)
Resolution des Internationalen Bundes gegen die Stationierung neuer Atomraketen

Resolution des Internationalen Bundes zum Anti-Rassismus-Programm des Weltkirchenrats

Religiöser Sozialismus in Norwegen (G.O.Tönnessen)

Erklärung der Gustav-Heinemann-Initiative zum geplanten Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens vom Bund der Religiösen Sozialisten übernommen

# Autoren dieses Heftes

Herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.: Günter Ewald, Jürgen Finnern, Siegfried Katterle.

Redaktion: Erika Adolphy, Reinhard Gaede, Siegfried Katterle (verantwortlich), Jürgen Kornnagel, Klaus Kreppel, Annette Muhr-Nelson, Bruno Schmidt. Redaktionsadresse: Siegfried Katterle, Eisenstraße 6, 4800 Bielefeld 14, Telefon 0521/45870.

Versand: Jürgen Finnern, Jakob-Kaiser-Straße 4a, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521/100937. Bezugspreis jährlich DM 15,— zuzüglich Versandkosten. Zahlungen an Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e. V., Postscheckkonto Dortmund 189389-464. Erscheint vierteljährlich.

Johannes Harder

WIR SIND AUFMACHER\*)

Macht die Tore weit und die Türen in der Welt hoch, damit der König der Herrlichkeit einziehe! Psalm 24.7.

Wir kennen diesen Vers aus einem Davidspsalm als Adventsmotto. Wir lesen ihn an einem Herbsttag und vergessen dabei den Kirchenkalender. Advent ist kein Datum; er ist die Eröffnung einer neuen Ära und läutet den Ausgang aus unseren religiösen und profanen Systemen ein. So wird er zum Protest gegen unsere Welt und ihre Zeiten. Er konfrontiert sich gegenüber dem Bestehenden.

Politisch sind wir in Sackgassen geraten und schleudern von einer Krise in die andere. Die Diplomatie hat sich in den globalen Spannetzen verwickelt und wird vom Mißtrauen aller gegen alle beherrscht. Als Sozialisten schleppen wir seit dem Sündenfall 1914 den Verrat mit uns herum und wundern uns noch über unsere Ohnmacht und Zerrissenheit.

Die Wirtschaft ist mit allen Berechnungen ständig unberechenbarer geworden und gleicht einem geheimnisumwitterten Ritual der Groß-Logen. Der weltumfassende Handel ist vom Nebel der Korruption überzogen und hat längst auch den Drogen- und Waffenschmuggel katalogisiert. Eine Drittelmillion bundesdeutscher Arbeitnehmer verdient das Brot in der Waffenproduktion! Bewußt oder nicht: der Kaufmann muß Schieber, der Politiker Demagog, der Lehrer Verführer, der Prediger zum Pfaffen werden. Alle unsere Ordnungen erfordern solche Art von Überleben.

Die Organisierung des Zusammenlebens ist über die geometrisch wachsenden Verwaltungsungetüme kanalisiert. Lauter Berechtigungen und keine Gerechtigkeit! Die Schreibtischtäter in Büros und an Reißbrettern verfügen die Verseuchung der Erde und aller Kreatur. Bei der Beschlagnahmung der Schöpfung und des Menschen unterscheiden Ost und West sich nur im Grad der Konsequenz und Radikalität. Die Schauerutopien von Samjatin bis Orwell haben aufgehört, Karikaturen zu sein.

Es bleibt die Kirche mit ihren behutsamen und zaghaften

Biblische Besinnung auf der Jahrestagung des Bundes der Religiösen Sozialisten in Bergisch-Gladbach am 26 9.1981 Bekundungen. Unsere Predigt kommt gegen die Propaganda nicht an. Allesamt stecken wir im Gewirr klerikaler und säkularer Stacheldrähte, an denen unsere Christenheit wahrlich nicht unschuldig war und ist. Wir Barrikadenbauer haben uns selbst verbaut und verbarrikadiert. Die Maurer haben sich eingemauert.

Der Text schreit in diese Situation: Macht die Türen in der Welt hoch! Drückt die Tore frommer und weltlicher Torheiten ein! Ihr seid Aufmacher oder Zuschließer!

Tor und Tür sind Durchbrüche durch Wände. Damit fordert der Herr der Welt sein Eigentum, die Welt, zurück, die wir ihm mit unseren Besitztümern geraubt haben. Und er macht es möglich, seit er die Grenze zwischen Himmel und Erde aufgerissen und als der Mensch die Erde zur Stätte seiner Niederlassung gemacht hat: "Die Erde ist des Herrn und was in ihr ist" (Psalm 24,1). Er macht den Menschen zum 'Pächter', auf Zeit also, und gibt zugleich eine alle unsere Regulative überspielende Freiheit zur Rückgewinnung, weil er die Freiheit ist. Damit verlieren unsere Verplanungen und Vermessungen, Marksteine und Parzellierungen ihre letzte Gültigkeit. Das reicht von unserem Gartenzaun bis zur chinesischen und Berliner Mauer; sie stehen bis auf Widerruf, und der Psalmist widerruft schon prophetisch. Der den Stein "von des Grabes Tür" gewälzt, macht weiter und bringt alle unsere Steine ins Rollen - und sei es im polternden Getöse von Revolutionen. Was mit dem Einen begonnen hat, ist auf Fortgang angelegt. Nachfolge ist Schwerarbeit. Der Schöpfer will mit seiner Weltsache eine neue Ordnung schaffen, mit der schlechthin alles Veränderung erfährt.

Zahlen haben hier keine Bedeutung. Unsere religiös-sozialistischen Väter sind als einzelne aufgestanden; sie trauten dem "Durchbrecher aller Bande" zu, daß er keine Fußbreite verliert und schon gar keinen Menschen im Stich läßt. Sie wußten auch, daß nur die Minderheiten in der glorifizierten Kirchengeschichte die Sache Gottes durchgebracht haben. Die dort verketzerten Stürmer "reißen den Himmel auf die Erde" (Matthäus 11, 12).

Sie blieben nicht allein, sondern fanden Helfer und Mahner; wenn die ans Werk Gerufenen schwiegen, "schrien die Steine" (Lukas 19, 40). Es sollte uns beschämen, daß es vor der Ökumene eine Internationale gegeben hat. Ich erfuhr solche Scham, als ich nach Jahrzehnten pietistischer Innerlichkeit während des russischen Bürgerkrieges in der Geburtsstadt Lenins dem Leichenzug hinter einem erschossenen Matrosen der Roten Flotte begegnete: wie wenig mag

der gewußt, wie vieles gewollt haben, um eine versklavte Welt zu verändern! Unsere interne Seligkeit versteckte sich hinter dem Gemäuer kärglicher Bibelstunden, deren Auswirkung für keinen Tag, geschweige denn für ein Jahr ausreichte. Daß der "König der Herrlichkeit" Anspruch auf das Leben und unsere Lebensart erhebt, blieb den religiösen Zirkeln verborgen. Wir müssen uns fragen, ob der Abfall der verschiedenen Sozialismen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit denn größer ist als unser Verrat an der Botschaft des Bergpredigers.

Die Umkehr der Welt setzt die Bekehrung der Christen voraus, die alle Hände voll zu tun hätten, unsere verwirrte
Wirklichkeit durch Wahrheit zu reinigen. Das persönliche
Zeugnis von der weltüberwindenden Liebe des Einen ist zugleich ein verantwortliches Umfassen des Ganzen. Wo das
Kreuz als eine existentielle Entscheidung erfahren wird,
bleibt keine Schranke zwischen den Menschen unangefochten. Nachfolge ist Aufbruch und zugleich ein Aufbrechen
aller Verfestigungen. Den Kreuzschleppern ist die Erde
verheißen.

In der Rückschau der Apokalypse (3) steht am Ende die Zukunft als Gegenwart: "Sieh, ich habe dir eine offene Tür gegeben!"

Eva Lüders

### BASILEIA

Geahnt

von Propheten und Dichtern Gehofft

> von den Hungernden nach Brot und Gerechtigkeit

Gewußt

von den Glaubenden,

die ihn kennen, dem sie vertrauen.

Geleugnet und umgelogen

von Satten und Glatten, die überall zurechtkommen.

Gesehen

von Kindern und Utopisten, die man schilt,

bis sie ihren Augen nicht trauen.

Gelebt

von den Mutigen,

die nichts anderes mehr kennen -

Als was?

Das Reich -

Die Herrschaft Gottes

Das Niedagewesene

Den neuen Himmel und die neue Erde

Gerechtigkeit, Partnerschaft, Überleben ...

Da ist ein Stern:

Er bewegt sich, wenn wir unterwegs sind.

Eva Lüders studierte Germanistik, Romanistik und Philosophie. Lehrtätigkeit an der Universität Hamburg und in den USA. Schwerpunkt des Interesses: Vermittlung des Verständnisses literarischer Werke im Hinblick auf Fragen des Glaubens, der Gesellschaft und einer Ethik, die den biblischen Grundlagen und einem "neuen Lebensstil" entsprechen möchte. Initiatorin einer ökumenischen Basisgemeinde. Das abgedruckte Gedicht ist dem Radius-Almanach 1980/81 entnommen (Radius-Verlag Stuttgart, 1980).

# ANSPRACHEN BEI DER FRIEDENSKUNDGEBUNG IN BONN

Am 10. Oktober 1981 fand in Bonn die bisher größte Demonstration in der Bundesrepublik Deutschland statt. 300 000 Menschen formulierten auf der von der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und von der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden veranstalteten Kundgebung ihre Zweifel daran, daß die gegenwärtige Rüstungspolitik den Frieden sicherer mache; sie forderten den Verzicht auf die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen. Die Politiker unserer Republik zeigten sich meist irritiert und nicht bereit, auf das Anliegen der Demonstration einzugehen. Helmut Kohl, der Vorsitzende der CDU, nannte die Demonstration in herabsetzender Absicht eine "Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik". Wir wünschen, daß die weitere Entwicklung der Friedensbewegung Helmut Kohl recht gibt!

Mit den Reden von Heinrich Albertz, Erhard Eppler und Helmut Gollwitzer dokumentieren wir die Ansprachen von drei Rednern bei der Friedenskundgebung, die dieser Zeitschrift verbunden sind.

# WIR WOLLEN WISSEN, WAS KOMMT

Liebe Freunde - ja, das war damals noch ein Traum, vor einem Jahr in Gießen - 100 000 in Bonn. Aber nun sind wir hier, wir alle, die meisten von euch die Nacht gefahren und in der Nacht wieder zurück. Nun aber ist es Tag, ich hoffe, ein Tag der Wahrheit und der Hoffnung und des friedlichen Kampfes. Warum sind wir hier? Warum geht diese Welle durch unser Land, immer stärker und unübersehbarer und nun durch die Nervosität der Mächtigen heute als eine Kundgebung des Friedens, an der niemand mehr vorbeikann? Warum geriet der Kirchentag in Hamburg gegen alle Ängstlichkeit zum massierten Widerstand gegen die Vernichtung unseres Landes und womöglich der ganzen Welt?

Zuerst aus einem sehr einfachen Grunde, sozusagen aus einem demokratischen Grundprinzip. Wir wollen wissen, was ist, und wir wollen wissen, was kommt. Und: wir wollen nicht über unsere Köpfe hinweg unser Schicksal und das unserer Kinder und Enkel entscheiden lassen. Ist dies falsch? Muß man deswegen in den politischen Quartieren von Bonn aufgeregt sein? Natürlich: wir haben ein demokratisch gewähltes Parlament, eine aus diesem Parlament korrekt hervorgegangene Regierung. Aber wenn in diesem Parlament Abgeordnete, die unsere Ängste, unsere Fragen, unsere Hoffnungen vorzutragen wünschen, nicht mehr zu Worte kommen, dann müssen wir reden, hier auf diesem Platze, öffentlich, laut. Das ist nicht nur unser von der Verfassung geschütztes Recht, sondern unsere Pflicht. Ich bin äußerst erstaunt, wieviel Unruhe das ausgelöst hat. Diese Art von Unruhe zeugt nicht von der sicheren Überlegenheit derer, die uns zu vertreten haben.

Wir wollen wissen, was ist und was kommt. Nach mir werden andere Freunde davon im einzelnen reden. Ich stelle nur die Fragen: Ist es richtig, daß Krieg heute in Europa die Vernichtung unseres Landes und allen Lebens bedeutet? Ist es richtig, daß also Verteidigung nur um den Preis der Zerstörung alles dessen, was wir gerade aufgebaut haben, möglich ist? Ist es richtig, daß es demnach für das, was man bisher die Zivilbevölkerung nannte, keinen Schutz, ja nicht einmal ärztliche Hilfe gibt? Ist es richtig, daß kein Deutscher im Ernstfall mit zu entscheiden hat, ob und wann und welche atomare Waffen eingesetzt werden? Wenn dies alles richtig ist, und ich fürchte, niemand wird das Gegenteil beweisen können, was bedeutet dann die Sicherheit, die die Supermächte der Bundesrepublik Deutschland

und der DDR anzubieten haben? Ja, ich rede ausdrücklich und natürlich auch von der anderen Seite. Denn in keinem Land der Welt bedeutet Krieg zugleich die Zumutung, daß ein Teil des Volkes, zu dem wir doch angeblich noch alle gehören, den jeweils anderen als erstes Opfer umbringen soll. Diese Fragen sind zu stellen. Diese Fragen blieben bisher unbeantwortet. Wir werden nicht Ruhe geben, bis sie beantwortet sind.

Zweitens: Wir sind hier, um denen, die unmittelbare politische Verantwortung tragen, ihr Gewissen zu schärfen, daß sie, wie es in ihrem Amtseid heißt, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden haben. Ich unterstelle niemand, daß sie dies nicht versuchen. Aber ich frage, ob nach allem, was seit den letzten Jahren geschehen ist - der NATO-Doppelbeschluß, die Entscheidung für die Neutronenbombe und die entsprechenden Entscheidungen der Sowjetunion - sich die Interessen der Vereinigten Staaten und die der Europäer noch decken. Jedermann weiß, daß dies nicht so ist. Jedermann weiß, daß nach dem heutigen Stand der Rüstung und der strategischen Pläne Deutschland in seinen beiden Teilen der Schießplatz der Supermächte sein wird. Und dies im Zustand völliger Abhängigkeit, ohne volle Souveränität, ohne Friedensvertrag, in einem geteilten Land. Als ich dies in Hamburg den Bundeskanzler öffentlich fragte, löste ich Empörung aus. Nun ist es etwas stiller geworden in dieser Sache. Ein Ausschuß des Bundestages, höre ich, prüft den Deutschlandvertrag und den Truppenvertrag auf diese Frage. Ich bin gespannt, was dabei herauskommt. Ich frage dies alles übrigens als Deutscher, wenn ihr wollt, als deutscher Patriot. Warum sollen wir die nationalen Interessen eigentlich immer der Reaktion überlassen?

Drittens und letztens: Ich stehe hier als einer, der versucht, ein Christ zu sein. Andere haben andere Überzeugungen. Ich achte sie. Ich habe keine Ängste vor einer breiten Front aller Gutwilligen. Aber gerade weil ich mich etwa der "Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste" seit den Tagen ihrer Gründung verbunden fühle, frage ich nun besonders die Kirchen in unserem Lande: Wie lange wollt ihr von Amtswegen das Sowohl-als-Auch noch durchhalten? Die Schaukelformel vom "Friedensdienst mit und ohne Waffen" ist nicht mehr haltbar, wenn unsere Soldaten gezwungen werden sollen, die Waffen der Massenvernichtung und damit eines neuen, unvorstellbaren Holocaust mit zu bedienen. Diese Waffen, das hat das II. Vatikanische Konzel schon vor Jahren festgestellt, sind ein Verbrechen gegen Gott und die Menschen. Wollen wir alle Verbrecher werden? Wollen wir es?

Dies alles sage ich und frage ich, ohne damit irgend jemand stürzen zu wollen. Ich sage und frage es, weil ich denen, die ihre Verantwortung zu tragen haben, helfen will. Es ist mir völlig unbegreiflich, wie man vom Dolchstoß in den Rücken der Regierung, von plattem Antiamerikanismus, von Einäugigkeit reden kann. Sind die Damen und Herren taub? Merken sie nicht, welche Stärke sie gewinnen können, wenn sie in ihren Verhandlungen auf uns verweisen: Seht euch diese Massen an, diese Menschen, vor allem diese jungen Menschen! Wann hat es jemals in Deutschland so etwas gegeben? Die wollen keine fremden Länder mehr besetzen - höchstens mal ein rechtswidrig leerstehendes Haus -, die wollen freilich auch nicht auf ewig in einem besetzten Land leben. Warum nehmen die Mächtigen das nicht an und auf? Sind sie nicht mehr handlungsfähig? Hier brauchte doch nur einer herzukommen und zu sagen: "Ich freue mich über euch, ich verstehe euch. Ich bin vielleicht nicht in allem und jedem eurer Meinung. Aber wir wollen Verbündete sein. "Keiner der Regierenden kommt. Die über 60 Bundestagsabgeordneten, sie begrüßen wir herzlich. Aber dafür werden sie und der tapfere Erhard Eppler unter einen immer unerträglicheren Druck gesetzt. Und deshalb wird es bald zu spät sein für die Parteien, die jetzt das große Wort führen.

Nun: Wir jedenfalls sind hier. Und wir werden wiederkommen und weiter reden und fragen und kämpfen – nicht mit Steinen, aber mit Argumenten – und nicht müde werden. Ich danke euch, daß ihr hier seid. Ich danke euch, daß wir in einem einzigen Jahr so viele geworden sind. Ich danke euch sehr.

THE CONTRACTOR OF THE PERSON O

Helmut Gollwitzer

# WIR RÜCKEN IHNEN AUF DEN LEIB

Wir rücken ihnen jetzt auf den Leib, hier in Bonn. Wir lassen sie nicht mehr alleine machen, nach ihrem alten bequemen Demokratieverständnis: Alle vier Jahre wählen die Bürger, wer regieren und wer opponieren soll, und dann legen wir uns schlafen, eingelullt von den Journalisten in den Massenmedien, die sich willig gleichgeschaltet haben und auch uns nun gleichschalten wollen mit der Großen Koalition der Sicherheitspolitik durch ihre Schlaflieder; "Die da oben wissen's besser!" "Die da oben haben alles fest im Griff!" Mit dem Refrain: "Schlaft ruhig weiter, es kann nichts passieren! - Zahlt ruhig weiter, die Bomben werden

nie explodieren!"

Jetzt kommt eine neue, eine echte Weise von Demokratie: Wir kümmern uns selbst um unsere Sicherheit, wir informieren uns selbst. Wir urteilen selbst. und wir mischen uns ein. Das erfordert freilich schwere Arbeit von uns allen: nicht nur emotional "Atom pfui!" zu schreien, sondern uns sachkundig zu machen, damit wir von keiner Rüstungspropaganda mehr eingewickelt werden können. Demokratie heißt nicht: Vertrauen zur Obrigkeit, sondern: mißtrauische Kontrolle der Politiker durch die Bürger. heute erst recht. Denn heute ist am Tage, daß die Leute an der Macht in West und Ost samt ihren Experten die Menschheit an den Rand des Untergangs haben geraten lassen. Allein der Aufschrei der Völker kann das noch ändern - allein unsere Weigerung, das schwachsinnige Weitermachen auf dem Wege der Zerstörung der Erde und der Erhöhung der Kriegsgefahr weiter mitzumachen - allein unsere Entschlossenheit, das weitere Aufrüsten, angeblich um abzurüsten, zu verhindern.

Denn wir sind hier nicht eine der häufigen Protestdemonstrationen gegen alles mögliche Unrecht auf Erden, auch nicht gegen den Blödsinn der sowjetischen Rüstung. Wir sind eine Verhinderungsdemonstration. Wir demonstrieren mit dem konkreten Zweck, die Mittelstufenraketen auf unserem Boden zu verhindern und dadurch eine Entwicklung in Gang zu bringen, die unseren Politikern hilft, endlich den Absprung von der Talfahrt in den Untergang zu finden.

Eine neue Qualität von Demokratie, für die der heutige Tag ein historisches Datum ist. Jahrelang demonstrierten wir gegen den Rüstungswahnsinn; die Leute am Straßenrand schauten gleichgültig zu, und wir stöhnten mit dem alten Spruch aus der Arbeiterbewegung: "Der Feind, den wir am meisten hassen – das ist der Unverstand der Massen."

Jetzt wachen die Menschen bei uns in Europa auf aus dem Unverstand, in dem sie künstlich gehalten werden. Jetzt wird das Volk störrisch und erkennt, daß der Friede zu wichtig ist, als daß man ihn den Politikern überlassen dürfte. Jetzt lassen wir uns nicht mehr auseinanderdividieren in Sozialdemokraten, Konservative, Liberale, Grüne, Christen und Kommunisten; denn der Atomtod bedroht uns alle. Jetzt lassen wir uns auch nicht mehr durch Russenangst gegen die Russen aufhetzen.

Denn unser Auftrag an die Politiker wird jetzt genauer formuliert. Sie tun, als laute unser Auftrag an sie nur: "Sichert uns gegen die Russen!" Unser Auftrag aber lautet: "Sichert uns und unsere Kinder gegen das Unbewohnbarwerden der Erde - gegen den Welthunger, der die Satten mit den Hungrigen zugrunde gehen lassen wird - gegen das unerträgliche Risiko der atomaren Vernichtung, das eure sogenannte Sicherheitspolitik uns zumutet!"

Das alles aber geht nicht mit Rüstung gegen die Russen, sondern nur zusammen mit den Russen. Nur gemeinsam können die westlichen Völker mit den östlichen und die östlichen Völker mit den westlichen der Menschheit die Zukunft wiedergewinnen, die schon fast verloren ist. Die Rüstung gegeneinander sichert uns nicht das Leben, sie bringt uns den Tod, ob sie nun explodiert oder nicht.

Die Christen unter uns könnten das alles längst wissen: aus dem Evangelium, Politik von Christen – das kann doch nur eine solche Politik sein, die alles daransetzt, diejenigen, die sich jetzt feindlich gegenüberstehen, zur gemeinsamen Arbeit für das Leben zu gewinnen. Wir fragen alle Christen in unserem Lande, ob sie heute anderswostehen können als bei dieser Friedensbewegung, bei der Bewegung für das Leben gegen die Todesrüstung.

"Friedensbewegung" - eine solche Selbstbezeichnung sei eine Anmaßung, ruft man uns zu; denn unbestreitbar wollen sie doch alle den Frieden, die Aufrüster ebenso wie wir. Aber Helmut Schmidt hat vor der Bundestagswahl vor einem Jahr sehr richtig gesagt: "Es reicht nicht, daß einer friedenswillig ist. Es kommt darauf an, daß er friedensfähig ist." Friedensfähig aber ist nur, wer abrüstungsfähig ist. Daß sie abrüstungsfähig werden, das müssen jetzt die Völker ihren Politikern beibringen durch konsequente Rüstungsverweigerung und Rüstungsverhinderung.

Erhard Eppler

WER MACHT HIERZULANDE ANGST?

I

Friedensbewegung, das ist nicht das Bündnis der Gerissenen mit den Naiven.

Friedensbewegung, das ist das Bündnis derer, die nichts mehr von Rüstung wissen wollen mit denen, die zuviel davon wissen. Friedensbewegung, das ist der Zweifel, ja die Verzweiflung über eine Sicherheitskonzeption, die letztlich nur mit dem eigenen Selbstmord drohen kann.

Friedensbewegung weiß: Der Friede ist eine viel zu ernste Sache, als daß man ihn militärischer Strategie und politischer Taktik, den Raketenzählerh und Lobbyisten überlassen dürfte.

Zusammen führt uns der Wille, die Kette der Vor- und Nachrüstung aufzubrechen, die uns alle in Richtung Abgrund zerrt.

Es kann doch kein Naturgesetz sein, daß Ost und West in gleicher Weise die eigene Rüstung immer als unvermeidliche Nachrüstung deklarieren, während die Rüstung des andern der größenwahnsinnige Versuch sein soll, ein ohnehin gewaltiges Übergewicht noch weiter auszubauen.

Wir wollen diese Kette zerschlagen, wo wir sie zerschlagen können - hier in Westeuropa, in Deutschland. Und dies läßt sich verantworten, weil der Westen dem Osten in der atomaren Rüstung auch ohne neue Mittelstreckenraketen mehr als gewachsen ist.

Wir lassen uns nicht mehr einschüchtern von Leuten wie Herrn Weinberger, der uns einmal Angst macht vor der Dynamik der kommunistischen Weltrevolution und dann öffentlich darüber nachdenkt, ob das Sowjetsystem demnächst mit einem Knall oder mit einem Winseln verenden wird.

### II

Man hat uns Einäugigkeit vorgeworfen, weil wir uns vor allem an unsere Regierung wenden, nicht an die sowjetische. Der Grund ist sehr einfach: Wir, die meisten unter uns, haben diese Regierung gewählt, nicht die sowjetische. Sie ist unser Ansprechpartner. Wenn der Bundeskanzler meint, wir wollten ihn drängen, so hat er recht. Ich frage mich nur: Läßt sich in einer Demokratie ein solches Drängen von der eigenen Wählerbasis her wirklich nicht anders deuten denn als Kampfansage? Ein demokratisches Mandat – und die Regierung hat eines – ist schließlich kein Blankoscheck.

Was die Weltmächte angeht, so halten wir uns weniger an ihre Worte als an ihre Interessen. Und wir vergleichen sie mit den unseren.

Natürlich liegt es im amerikanischen Interesse, von europäischem Boden aus die Zentren des europäischen Rußland zu bedrohen und dies bei einer Vorwarnzeit, die politische Entscheidungen über die sowjetische Reaktion nicht mehr möglich macht. Aber damit wird unser aller Überleben in die Hand von Computern gelegt. Ein Volk, das ohne jede Reaktion dies alles geschehen ließe, müßte man nicht mehr töten, es wäre schon tot! Deshalb bedeutet Friedensbewegung keineswegs, daß da durch Wohlstand ermüdete und degenerierte Westler sich nicht mehr wehren wollen. Friedensbewegung zeigt, daß die alten Nationen Europas mehr sind als Schachfiguren auf dem Brett der Weltmächte, beider Weltmächte.

### III

Wir feiern hierzulande den Mut der Polen, die sich nicht mehr vorschreiben lassen wollen, wie sie zu leben haben. Ist es so schlimm, wenn wir uns nicht vorschreiben lassen wollen, wie wir zu sterben haben? Die Europäisierung Europas findet nicht nur an der Weichsel statt, sondern auch am Rhein. Das bedeutet auch: Eine sowjetische Intervention in Polen träfe uns alle!

Auch wir sind dafür, daß die Weltmächte endlich über Mittelstreckenraketen verhandeln. Insofern stützen wir die Regierung. Ich respektiere den Friedenswillen derer, auch in meiner eigenen, der sozialdemokratischen Partei, die auf dem Weg über den Brüsseler Doppelbeschluß zu Verhandlungen kommen wollen. Es spricht allerdings einiges dafür, daß die Friedensbewegung die amerikanische Verhandlungsbereitschaft mehr gefördert hat als der Brüsseler Beschluß.

Verhandlungen sind gut. Aber das darf nun nicht heißen, daß drei, fünf oder sieben Jahre Argumente und Vorwürfe hinund hergeschoben werden, während die Rüstungsspirale sich weiterdreht.

Wir wollen verhindern, daß während der Verhandlungen das alte Spiel der Nachrüstungen und Nach-Nachrüstungen weitergeht, bis man dann als Ergebnis der Verhandlungen festschreibt, was inzwischen an neuem Vernichtungspotential angehäuft wurde.

### IV

Höchste Repräsentanten unseres Staates haben uns darüber belehrt, Angst sei ein schlechter Ratgeber. Das stimmt.

Aber wer verbreitet hierzulande seit Jahrzehnten die Russenangst? Wer macht uns Angst, die Amerikaner könnten uns dem russischen Bären zum Fraße vorwerfen, wenn wir nicht artig sind? Wer hat in diesen Wochen dafür gesorgt, daß die Angst vor der Friedensbewegung umgeht?

Nein, die hier versammelt sind, haben weniger Angst als andere.

Wir haben keine Angst davor, daß die Herren im Kreml Tag und Nacht nur darauf sinnen, in Frankfurt oder Marseille die Erfahrungen zu machen, die ihnen in Danzig und Warschau nicht erspart bleiben.

Wir haben keine Angst davor, gegenüber unseren Verbündeten unsere Meinung und unsere Interessen zu vertreten.

Wir haben keine Angst davor, der Sowjetunion zu sagen, daß sie bei der SS 20 in Zahl und Tempo der Stationierung überzogen hat und daß sie dies korrigieren muß.

Wir haben keine Angst davor, einzugestehen, daß im Angesicht atomarer Bedrohung die Deutschen in beiden Staaten gemeinsame Interessen haben.

Wir haben keine Angst vor dem Schlagwort vom Anti-Amerikanismus. Was ist das für eine Sklavensprache, die das Stirnrunzeln einer fremden Regierung zum politischen Maßstab macht?!

Wir haben keine Angst davor, was die Medien über uns reden und schreiben.

Wir haben keine Angst vor moralischer Abqualifizierung durch den höchsten Repräsentanten unseres Staates.

Wir haben keine Angst davor, als Kommunistenknechte diffamiert zu werden. Das ist Gustav Heinemann nicht anders gegangen.

Wir haben keine Angst vor dem Verfassungsschutz, dessen Vertreter ich herzlich unter uns begrüße.

### V

Angst habe ich nur vor einem: daß die Friedensbewegung sich selbst diskriminiert.

Wer Frieden will, muß dies in einem täglichen Handeln sichtbar machen. Er darf z. B. Beschimpfungen - und jedem von uns geschieht dies täglich - nicht mit Beschimpfungen vergelten. Wer schon in Haßgesänge ausbricht, wenn er einem Bundeswehroffizier begegnet, dient nicht dem Frieden. Jeder Stein, der heute geworfen wird, wäre ein Stein gegen die Friedensbewegung. Jede Bombe, die einen Amerikaner treffen soll, trifft uns alle.

Friedensbewegung wird nur mehrheitsfähig, wenn sie nicht ausgrenzt, sondern sich öffnet. Zu ihr gehört jeder, der zu ihr gehören will.

Friedensbewegung wird nur mehrheitsfähig, wenn sie zusammenwirkt mit der organisierten Arbeiterbewegung, die seit mehr als einem Jahrhundert für den Frieden wirkt. Und schließlich werden wir nur mehrheitsfähig, wenn Friedens-

bewegung ansteckend wirkt. Daher muß dies eine Bewegung sein

der Mutigen, nicht der Ängstlichen, der Diskutierenden, nicht der Schreienden, der Selbstkritischen, nicht der Arroganten, der einfallsreich Agierenden, nicht der stumpf Parierenden,

der Friedlichen, nicht der Gewalttätigen, der Fröhlichen, nicht der Fanatischen, der Liebenden, nicht der Hassenden.

Wenn wir dies sind, dann wird eines Tages in den Geschichtsbüchern stehen: Die Deutschen haben aus zwei Weltkriegen etwas gelernt.

Ulrich Schmid

# FRAGEN ZUR FRIEDENSBEWEGUNG

Die Sehnsucht, der Wunsch, die Forderung nach Frieden heute. Ist es eine neue, glücklichere Form menschlichen Zusammenlebens, die Menschen sich da vorstellen? Ist die Friedensbewegung das Aufwerfen einer Frage, die eigentlich etwas ganz anderes meint als das, was sie vorgibt? Ist es nicht letztlich die alte Frage nach dem Sinn menschlicher Existenz überhaupt?

Die Bedrohung ist konkret, sicherlich. Die Friedensbewegung ist nicht Ausdruck einer irrationalen Angst, sondern reale, faßbare und benennbare Furcht vor dem möglichen Exitus der Menschheit. Doch ist es eine pro- oder contra-Bewegung? Möchte sie Frieden ermöglichen oder Rüstung abschaffen? Ist es Idealismus oder Verweigerung, was die Menschen bewegt, auf die Straße zu gehen? Es ist doch zumindest auffallend, daß sich die Bewegungen, die in unserer Gesellschaft politischen Willen außerparlamentarisch von unten nach oben tragen und dort von überrascht-verstörten Politikern entweder beargwöhnt, belächelt, bekämpft oder zumindest im eigentlichen Sinne des Wortes links liegengelassen werden, ähneln und sich in steter Abfolge ablösen. Überschrift: Verweigerung, Text: beliebig. Nach der Anti-AKW-Bewegung nun die Friedensbewegung?

Ein Blick auf die heutige Friedensbewegung. Nimmt man ein-

mal die militanten "Friedenskämpfer" aus, so bleibt immer noch ein sehr breites Spektrum der Bevölkerung, das sich für "Frieden" engagiert, das sich zusammendrängend, gespalten und doch wieder einig für das einsetzt, was unzweifelhaft von allen als Frieden bezeichnet wird. So gibt es den Krefelder Appell, den Bielefelder Appell, den Dattelner Appell und immer noch die "Heidelberger Thesen" (Überschrift in der Zeitschrift "Junge Kirche" 8/9-1981: "Dattelner Friedensaufruf" als Gegenbewegung zum "Krefelder Appell".)

Es gibt einen CDU-, SPD-, Grünen und sicherlich auch einen FDP-Frieden. Parteipolitisch nicht festgelegt gibt es auch den DGB-Frieden. Der Friede Gottes, wiederum aufgespalten in einen Frieden evangelischer, katholischer und sonstiger Provenienz, ist schon alt, aber immer noch gespalten. "Frieden": Ein Wort wird zur Leerformel, häufig und gedankenlos verwendet, mißbraucht, nichtssagend.

Faßbarer sind dagegen die unterschiedlichen Abrüstungsvorschläge, die von Wissenschaftlern wie Th. Ebert (1)
und O. K. Flechtheim (2) bis zu ehemaligen Offizieren
wie Bastian und Mechtersheimer (3) reichen. Auch die
Bundesregierung würde wohl ihre Nachrüstungsbemühungen
als Beitrag zur allgemeinen Abrüstung verstehen. Die Abrüstungsvertreter (-experten?) sagen im Gegensatz zu
vielen Friedensengagierten, die außer lauteren moralischen Zielen keine konkreten Schritte zum Frieden benennen können oder möchten, wo ihrer Meinung nach angesetzt
werden sollte. Jedoch reichen die vielfältigen Konzepte
von gewaltfreier "sozialer Verteidigung" (Ebert) bis zum
Konzept der defensiven, reaktiven Verteidigung (Afheldt),
von einem radikalen Pazifismus bis zur bloßen Ablehnung
des Nachrüstungsbeschlusses.

Was bleibt, ist ein größer Supermarkt an Theorien, Strategien, Idealen, eine große Verwirrung. Und schon gibt es ein rechthaberisches Gezänk darüber, wer wohl "Recht" hat (vgl. Die Zeit Nr. 37/81: Gnadenfrist für die Politik. Aus dem "Forum Frieden" der SPD).

Die Zahlen über die stationierten Panzer in Ost und West sind so widersprüchlich wie die Verfechter ihres Wahrheitsanspruchs. Frieden, Abrüstung und die jeweilige Theorie/Ideologie dazu ist eine Glaubenssache. Die Spaltung geht tief in die Friedensbewegung und in unsere Gesellschaft hinein. Andere Interessen (z. B. ökonomische) überlagern das gemeinsame Interesse am "Frieden". Die Friedensbewegung ist auf dem besten Wege, sich selbst zu neutralisieren. Es ist einfach für unsere Herren aus der Regierung, dieses Brodeln von unten zu übergehen, denn es ist nicht mehr als ein Brodeln ohne Zentrum und ohne treffende Spitze. Die Parteipolitiker schicken sich gar an, sich als oberste Friedensvertreter und -kompetenz zu gebärden (vgl. die neuerliche Diskussion um die Bergpredigt): mit "vernünftigen" Worten, und der Michel glaubt so gerne an den Wahnsinn, wenn er sich nur in vernünftige Argumente kleidet.

Was bleibt? Die Cruise Missiles kommen einen Monat später, der Tornado kostet weiterhin Milliarden, und die Neutronenbombe (seit neuestem noch sauberer als N-Bombe gehandelt) wartet vorläufig in den USA. Auch die SS 20 werden immer zahlreicher. Gerade deshalb, darf man sich da so skeptisch und illusionslos äußern? Ist "Friede" nicht eine zu ernste Sache, als daß die Bemühungen darum so kritisch dargestellt werden dürften? Darf man so über einen hoffnungsvollen Aufbruch schreiben? Reicht Hoffnung allein, um Politik zu machen? Es bleiben Fragen, die jeder für sich selbst beantworten muß.

In der Bundesrepublik gab es schon einmal eine Friedensbewegung. Sie war gespalten, die Gegner waren sich einig. Schalom!

### Anmerkungen:

- dargestellt z. B. in: Theodor Ebert, Gewaltfreier Aufstand Alternativen zum Bürgerkrieg, Waldkircher Verlagsgesellschaft, Waldkirch 1978; ders., Demokratische Sicherheitspolitik Von der territorialen zur sozialen Verteidigung, Hanser Verlag, München 1974; Einen Überblick über das Konzept der "sozialen Verteidigung" bietet auch: Graswurzelrevolution, Sonderheft: Soziale Verteidigung 1981
- 2) dargestellt z. B. in: Horst Afheldt: Friedenspolitik mit militärischen Mitteln in den neunziger Jahren, in: K. D. Schwarz (Hrsg.): Sicherheitspolitik, Bad Honnef-Erpel 3/1978 (Osang Verlag). Einen Überblick über verschiedene Verteidigungskonzepte in: antimilitarismus information 3/81, Alternative Sicherheitskonzepte: Defensive Strategie Soziale Verteidigung Einseitige Abrüstung
- 3) Gert Bastian, Offiziere gegen Atomkriegsgefahr, Köln 1981 (Pahl-Rugenstein Verlag)

Heinz Röhr

JUBILÄUMSTREFFEN DER HABERTSHÖFER UND NEUWERKER

Vom 1. bis 5. September 1981 trafen sich die Habertshöfer und Neuwerker in Dalherda/Rhön und Schlüchtern, um auf 60 Jahre Habertshof und seine Wirkungen Rückschau zu halten. Die intensive Vorbereitung und außerordentlich gut organisierte Durchführung der Tagung mit 80 Anmeldungen lag in den Händen von Otto Uhlig, Karl Jeutter und Gotthold Schlichenmaier. Vor allem Otto Uhlig, dem Sprecher der Habertshöfer, gebührt das Verdienst, der Tagung ein eindrückliches Profil gegeben zu haben. Sein Hauptanliegen, den Habertshof im Bewußtsein auch der Bewohner von Schlüchtern und Umgebung zu verankern und alle noch greifbaren Dokumente der damaligen Zeit (Bilder, Bücher, Zeitschriften, Programme etc.) für künftige Generationen zu sichern und sie der Heimat- und sozialgeschichtlichen Forschung zugänglich zu machen, ist optimal gelungen. Das Bergwinkel-Museum in Schlüchtern, das gemeinsam besucht wurde, beherbergt nun unter der Obhut von Adolf Grammann ein "Archiv Habertshof und Neuwerk".

Unser Freund Bürgermeister Schott gab den Tagungsteilnehmern am ersten Tag einen Empfang im Saal der Kreissparkasse Schlüchtern. Am Nachmittag erfolgte unter
starker Beteiligung der Öffentlichkeit und der Presse
die Enthüllung einer Bronzegedenktafel am Gebäude des Habertshofes. Der Text hat folgenden Wortlaut:

Habertshof
Auf dem Habertshof wurden gegründet
1919 von Max und Maria Zink
Siedlung Habertshof
Gärtnerei - Kinderheim - Neuwerk-Verlag
1922 von Emil und Suzanne Blum
Volkshochschulheim Habertshof

Es waren Versuche einer neuen Lebensgestaltung aus christlichen und sozialistischen Idealen. Sie wurden zerstört durch den Gewaltstaat 1933

Ihre Grundgedanken leben weiter auch in der veränderten Umwelt

Habertshöfer - Kreis Neuwerk - Kreis 1981

Bergwinkel-Museum Schlüchtern

Am Abend berichtete der Vorsitzende des Geschichtsvereins Schlüchtern, Albin Anhalt, in einem Dia-Vortrag über "Landschaft und Geschichte zwischen Bergwinkel-Fulda-Rhön". Die wunderbare Landschaft des "Bergwinkels" zwischen Rhön und Vogelsberg gab bei sonnigem Wetter einen herrlichen Rahmen für die gesamte Tagung ab. Das evangelische Ferienheim "Hohe Rhön" in Dalherda unter der Leitung von Pfarrer Birkenstock und seiner Frau bot uns Unterschlupf und Raum für gemütliche und anregende Stunden, während die mehr "offiziellen" Teile des Programms in Schlüchtern abliefen.

Der zweite Tag brachte neben der Besichtigung des Holzgeräte-Museums auf Burg Brandenstein eine Gedenkstunde
in der Friedhofskapelle in Schlüchtern mit einer eindringlichen Ansprache von Pfarrer Happich und anschließendem Verweilen an den Gräbern von Georg Flemmig,
Wilhelm Praesent und Will Völger im Beisein von Hilde
Völger. Für viele war diese stille Stunde der Höhepunkt
der Tagung. - Die abendliche Festversammlung in der Aula
des Klosters Schlüchtern mit Vorträgen von Dekan Giese
(Schlüchtern) und Otto Uhlig schloß den ereignisreichen
Tag ab.

Neben diesen Veranstaltungen mit mehr repräsentativem Charakter gab es, wie es in den acht vorhergehenden Treffen schon Tradition geworden ist, Referate und Diskussionen, Musikvorträge und Gesang. Eine besondere Note erhielt die Tagung durch die Anwesenheit und Mitwirkung des auf dem Habertshof geborenen Jörg Zink und seiner Frau. Jörg Zinks Bericht am Dienstagabend über ein Freizeit- und Erziehungsprogramm für Großstadtkinder (Tierfarm in der Nähe von Stuttgart) und seine aufrüttelnde Andacht am Mittwochmorgen setzten einen starken Akzent. Sein engagierter Aufruf zur radikalen Jesusnachfolge in einer Zeit, wo ökologischer Unverstand und Rüstungswahn die Szene beherrschen, hinterließ einen nachhaltigen Eindruck.

Auch Marie Hirsch's Referat über "Probleme der Gegenwart", eine Wirtschafts- und Gesellschaftsanalyse auf der Basis des Buches von Johano Strasser und Klaus Traube über "Die Zukunft des Fortschritts", regte zu lebhaften Diskussionen an. Die Ausführungen von Marie Hirsch wurden flankiert von dem Vortrag einer Vertreterin der jungen Generation: Die Ärztin Beate Zimmermann, Tochter von Luise Zimmermann, klagte die modernen "Ablauftechnologien" (z. B. in Kranken- und Warenhäusern) an, die den Menschen technischen Zwängen ausliefern und durch "Nischenvernichtung" die letzten Freiräume für die menschliche Subjektivität zerstören. Ihre Schwester Sabine wirkte durch

Musikbeiträge an der Gestaltung des Programms mit.

Die Tagung klang am Freitagabend besinnlich mit Gedichten, Instrumentalmusik und Liedern sowie dem gemeinsamen Betrachten von Dias aus.

Das diesjährige Treffen wurde in der Reihe der vorangegangenen\*) zum absoluten Höhepunkt: Ort und besonderer Anlaß gaben ihm das eigene Gepräge. - Grund zum Aufhören? Schon im nächsten Jahr wollen sich die Teilnehmer erneut auf einer Tagung treffen.

"REGIONALTHEOLOGIE" ODER THEOLOGIE FÜR DIE ZUKUNFT DER MENSCHHEIT?

Ein Briefwechsel zwischen Christiane und Ulrich Dannemann und Holger Börner

Christiane und Ulrich Dannemann sind den Lesern dieser Zeitschrift als Autoren und in ihrem Engagement gegen den Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens bekannt. Mit der Dokumentation ihres Briefwechsels mit dem hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner stellen wir ein Beispiel eines staatlichen Alleinvertretungsanspruchs vor, der sich nicht nur in verbalen Kraftakten gegenüber politisch-theologisch abweichenden Meinungen, sondern auch praktisch durch die polizeilichen Großaktionen vom 6. Oktober und 2. November im Frankfurter Stadtwald manifestiert hat.

Ein Landesfürst schreibt vor, wie sich Theologie zu definieren hat. Entspricht sie nicht seiner Version, wird sie als "Regionaltheologie" qualifiziert. Würde man ihr folgen, hätte sich christliche Verkündigung nur an der Relativität des jeweiligen Kirchturms zu orientieren; sobald sie nämlich verallgemeinerungsfähig wird, läuft sie Gefahr, vom monopolistischen Anspruch des Staates auf "politische Gestaltung" zurückgewiesen zu werden. Daß Dannemanns keinen politischen und theologischen Alleingang unternommen haben, zeigt vor allem die Stellungnahme der Hessen-Nassauischen Kirchenleitung vom 16.10.1981, in der die Nöte der regional vom Startbahn-

") Uber ein früheres Treffen ehemaliger Habertshöfer und Neuwerker sowie über die Bewegung des Neuwerk siehe Marie Hirsch: Die Bewegung des Neuwerk, Christ und Sozialist 4/1978. bau Betroffenen zu denen der ganzen Kirchenregion gemacht werden. Genau diese Haltung interpretierte der hessische Innenminister als "eklatanten Verstoß gegen den Verfassungsgrundsatz, sich jeder einseitigen Einmischung in die Belange des Staates zu enthalten" (Frankfurter Rundschau, 26.10.1981).

Börners Briefwortlaut an Christiane und Ulrich Dannemann wurde fast unverändert in einer Rede des hessischen Kultusministers Krollmann am 15.10.1981 vor dem
Kongreß "Glaube und Gemeinwohl" übernommen. Er ist somit Bestandteil der regierungsamtlichen Sprachregelung
in Hessen. Die Wiederholung und Betonung der nur durch
den Staat legitimierten "rechtmäßigen Maßnahmen" zeigt,
daß es der hessischen Landesregierung nicht mehr um
Politik, sondern um die "rechtmäßige" Durchsetzung einmal "ordnungsgemäß beschlossener" Verfahren geht. Dieser
formalen Verkürzung des Politischen auf rechtmäßige Operationen und deren repressive Absicherungen halten wir
einen inhaltlich besetzten Politik-Begriff entgegen, der
unbeschadet der Achtung der Legalität grundsätzlich nach
der Legitimität solcher Verfahren fragt.

Die Redaktion

Christiane Dannemann Vikarin in Mörfelden 24. Juni 1981

Dr. Ulrich Dannemann, Pfarrer Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit des Evangelischen Dekanates Groß-Gerau

Europaring 2 6080 Groß-Gerau

Herrn Ministerpräsident Holger Börner Staatskanzlei

6200 Wiesbaden

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Die Veranstalter des "Feiertages der Schöpfung" des Deutschen Evangelischen Kirchentages vom 17. – 21. Juni 1981. in Hamburg hatten uns eingeladen, den kirchlichen Protest gegen den Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens in einer Ausstellung zu dokumentieren. Diese Veranstaltung fand am 18. und 19. Juni in einer großen Halle des Hamburger Messegeländes statt.

Wir haben die Einladung, an dieser großen Kirchenveranstaltung teilzunehmen, im Namen der Evangelischen Kirchengemeinde Mörfelden und des Evangelischen Dekanates Groß-Gerau gern angenommen.

Das große Echo, das wir erhielten, hat uns deutlich gemacht, daß immer mehr Christen in allen Teilen der Bundesrepublik die exemplarische Bedeutung unseres Protestes gegen den Bau der Startbahn West begreifen.

Ausdruck dieser wachsenden Solidarität mit unserem Protest gegen den Bau der Startbahn West sind auch die Unterschriftenlisten, die wir Ihnen in der Anlage zusenden. 1016 Kirchentagsbesucher, die nicht zum hessischen Landtag wahlberechtigt sind, haben diese Listen unterschrieben.

Wir haben nicht mehr die Hoffnung, daß Sie sich durch christliche Argumente zu einem Verzicht auf den Bau der Startbahn West bewegen lassen könnten. Dennoch übersenden wir Ihnen die Unterschriftenlisten von dieser Kirchentagsveranstaltung: um Ihnen Kenntnis zu geben von der Sorge vieler Christen um die Bewahrung von Gottes guter Schöpfung.

Mit freundlichen Grüßen Ihre (gez.) Christiane Dannemann, (gez.) Ulrich Dannemann

Holger Börner 6200 Wiesbaden 21. Juli 1981 Hessischer Ministerpräsident Bierstadter Straße 2

Frau
Vikarin Christiane Dannemann
Herrn
Pfarrer Dr. Ulrich Dannemann
Europaring 2
6080 Groß-Gerau

Sehr geehrte Frau Vikarin Dannemann, sehr geehrter Herr Pfarrer Dannemann,

Ihr Schreiben vom 24. Juni 1981 habe ich mit großem Interesse gelesen.

Es kann nicht überraschen, daß Teilnehmer eines Kirchentages, denen Amtsträger der Kirche die Überzeugung vermitteln, gegen den Bau der Startbahn sprächen "christliche Argumente", bereitwillig Proteste gegen diese angeblich "unchristliche" Maßnahme unterschreiben. Die Berufung auf "christliche Argumente" im Zusammenhang mit dem Startbahnbau halte ich jedoch für schief und irreführend.

Die Gründe, die für und gegen den Bau der Startbahn West sprechen, lassen sich nicht theologisch beurteilen und bewerten. Ein Christ kann guten Gewissens sowohl für als auch gegen die Startbahn sein. Oder wollen Sie behaupten, die große Mehrheit des Landtags, die vielen Befürworter der Startbahn in den demokratischen Parteien, in den Gewerkschaften und in der Bevölkerung des Landes, deren Zahl weit größer ist als die Zahl der Gegner, handelten unchristlich? Vertreten Sie nicht in Wirklichkeit eine "Regionaltheologie", die es schon als unchristlich ansieht, wenn einer kleineren Region zum Wohle der größeren Gemeinschaft Opfer abgefordert werden?

Die Landesregierung hat sich ihre Entscheidung nicht leicht gemacht. Sie sieht durchaus die Nachteile, die der Bau der neuen Startbahn für die Einwohner einiger Umlandgemeinden mit sich bringt, deren Ausmaß in der Diskussion – zum Teil wider besseres Wissen – allerdings stark überzeichnet wird. Aus ihrer Verantwortung für das gesamte Rhein-Main-Gebiet, für das Land Hessen und für die Bundesrepublik Deutschland, die alle auf einen leistungsfähigen und sicheren internationalen Flughafen in Frankfurt nicht verzichten können, hält sie es aber für notwendig und vertretbar, diese Belastungen in Kauf zu nehmen.

Für mich persönlich wäre es sicher leichter und vielleicht politisch sogar nützlicher, den Bau der Startbahn zu verhindern. Ich kann jedoch nicht wegen des Protestes einer Minderheit, auch wenn sie örtlich eine Mehrheit sein mag, meine Pflicht gegenüber dem Lande, dem ich diene, vernachlässigen. Es stört und verletzt mich, wegen dieser Haltung unchristlichen Handelns geziehen zu werden.

Ich bitte Sie herzlich, doch einmal zu bedenken, welche Verantwortung den Pfarrern aus den Umlandgemeinden des Flughafens in den kommenden Auseinandersetzungen zuwachsen kann. Der Bau der Startbahn 18-West ist rechtmäßig, er ist im gesetzlich vorgesehenen Verfahren ordnungsgemäß beschlossen und von den Gerichten nach langer und gründlicher Prüfung zugelassen worden. Selbstverständlich kann trotzdem gegen die Bauabsicht protestiert werden; und dies ist auch Ihr gutes Recht. Handlungen, die die einzelnen Maßnahmen zur Ausführung des Baues konkret behindern, sind jedoch rechtswidrig. Dies gilt auch für die anscheinend bestehende Absicht, die Räumung des rechtswidrig errichteten sogenannten "Hüttendorfes" und des für den Bau der Startbahn benötigten Waldes durch Besetzen des Geländes zu verhindern oder zu erschweren. Es ist eine Irreführung gutgläubiger Menschen, solches Verhalten als "gewaltfreien Widerstand" zu bezeichnen. Wer auf diese Weise die Durchführung von rechtmäßigen Maßnahmen behindern will, zwingt die Polizei, das Recht mit Gewalt durchzusetzen, und sei es nur, daß Polizeibeamte die das Gelände besetzt haltenden Personen wegtragen müssen. Er trägt damit allein die Verantwortung für die Gewaltanwendung. Wenn Pfarrer sich an derartigen "gewaltfreien Widerstands"-handlungen beteiligen, sie unterstützen oder sie befürworten sollten, könnte dies vielen Bürgern als moralische Rechtfertigung dienen und ihnen die Einsicht in die Rechtswidrigkeit ihres Handelns erschweren. Die Gefahr, daß sich dadurch etwaige Auseinandersetzungen verschärfen könnten, ist nicht auszuschließen. Er erscheint mir des Nachdenkens wert, wie im Interesse der Bürger diese Gefahr gemindert werden könnte.

Da Sie die Presse über Ihr Vorgehen unterrichtet haben, werde ich dieses Schreiben der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Mit freundlichen Grüßen (gez.) Holger Börner

Christiane Dannemann ... Dr. Ulrich Dannemann ...

29. Juli 1981

Herrn Ministerpräsident Holger Börner Bierstadter Str. 2 6200 Wiesbaden

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Für Ihren ausführlichen Brief vom 21. Juli 1981 möchten wir Ihnen vielmals danken. Die Positionen und Überlegungen der Landesregierung sind in unseren Kirchengemeinden und Dekanaten in allen Phasen der Auseinandersetzungen über den geplanten Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens ernsthaft erwogen worden, und Sie können gewiß sein, daß auch die Darlegungen in Ihrem Brief von uns mitbedacht werden.

Nicht recht verstehen können wir Sie, wenn Sie bei uns eine "Regionaltheologie" vermuten, die lediglich ein regionales Problem von Christen im Umkreis des Frankfurter Flughafens zu thematisieren in der Lage sei. Die unserem Protest gegen den Bau der Startbahn West zugrundeliegenden theologischen Reflexionen haben im Gegenteil ökumenischen, mithin globalen Charakter: diese theologischen Reflexionen werden heute von Christen und Theologen in allen Erdteilen angestellt.

So war es für uns z. B. äußerst beeindruckend, daß selbst Christen auf den Philippinen begriffen haben, was bei unserem Protest gegen die Startbahn West theologisch auf dem Spiel steht. Ein Mitarbeiter der Hamburger Missionsakademie hat mit Hilfe englischsprachiger Informationsschriften zum Thema Startbahn West Christen auf den Philippinen von diesem deutschen Beispiel Umwelt zerstörender Großprojekte berichtet, und jene Kirchengemeinden auf den Philippinen haben - wie uns der Mitarbeiter der Hamburger Missionsakademie nach seiner Rückkehr mitteilte - das Beispiel Startbahn West sofort in Verbindung gebracht mit Umwelt und Lebensgrundlagen zerstörenden Projekten in ihrem eigenen Land, die vor allem von multinationalen Firmen aus den USA, aus Westeuropa und Japan ins Werk gesetzt würden - zum Schaden der Menschen dort. Ebenso wie jene Christen auf den Philippinen haben auch die Christen, die auf dem Hamburger Kirchentag unseren Ausstellungsstand zur Startbahn West besuchten, von sich aus begriffen: die "Startbahn West" ist heute im Grunde überall. Und sie haben uns erzählt von entsprechenden, kleineren oder größeren, Vorhaben in ihrem eigenen Lebensbereich. Hinter dem Problem der Startbahn West steht mithin ein grundlegendes, die Menschen in allen Erdteilen betreffendes Problem: wie wird auf unserem Planeten in Zukunft ein menschenwürdiges Leben und Überleben möglich sein?

Deshalb stimmen wir mit Ihnen überein: eine "Regionaltheologie" wäre in der Tat ein schlechthin unverantwortliches Unternehmen. Theologie soll zwar immer sehr konkret werden können, aber sie muß in einem ökumenischen Horizont denken und in ihren ethischen Konsequenzen auf allgemeine, weltweite Prozesse hin angelegt sein. Unseren Protest gegen den Bau der Startbahn West verstehen wir von daher lediglich als eine ethische Konkretion grundsätzlicher theologischer Erwägungen über den inneren Zusammenhang von Ökologie und Ökonomie.

Zu diesen grundsätzlichen theologischen Erwägungen gestatten Sie uns einige kurze Bemerkungen:

Die Menschen haben von Gott den Auftrag erhalten, die Schöpfung (also die Menschen selbst und die Natur) auf der einen Seite zu 'humanisieren' bzw. zu 'kultivieren', d.h. auf menschliche Handlungsziele hin verändernd zu gestalten. Das kann jedoch zugleich auf der anderen Seite nur so geschehen, daß die Schöpfung Gottes (Mensch und Natur) "bewahrt" wird, daß also auch die natürliche Umwelt der Menschen in ihrer lebenssichernden Funktion für die Menschen

erhalten bleibt. Seit der Industrialisierung haben die Menschen zwar eine vielgestaltige, durchaus positive, 'Kultivierung' der natürlichen Umwelt vorgenommen, aber zugleich die lebenssichernden Funktionen der natürlichen Umwelt in empfindlicher Weise gestört. Diese Störungen aber wenden sich, über kurz oder lang, gegen die Lebensmöglichkeiten der Menschen selbst, beeinträchtigen ihre Lebensmöglichkeiten oder zerstören sie sogar. Deshalb muß jeder Eingriff in die für die Menschen lebenssichernden Naturabläufe daraufhin überprüft werden, ob dieser Eingriff wirklich lebensnotwendig ist. Besteht eine solche Lebensnotwendigkeit nicht, ist der Eingriff in die lebenssichernden Naturabläufe zu unterlassen. Die Beweislast, ob der Eingriff lebensnotwendig ist, obliegt dabei denen, die den Eingriff vornehmen wollen. Daß der Bau der Startbahn West in Anbetracht der Gesamtentwicklung des Luftverkehrs in diesem Sinn als lebensnotwendig anzusehen ist, wird wohl auch die hessische Landesregierung nicht behaupten wollen. Die in der Bundesrepublik bestehenden Verkehrskapazitäten (Straße, Schiene, Flughäfen) reichen aus, um auch Steigerungen des Verkehrsaufkommens bewältigen zu können.

Diese grundsätzlichen theologischen Erwägungen über den Zusammenhang von Ökologie und Ökonomie, die heute in vielen Ländern der Erde angestellt werden, haben durch den amtlichen Bericht "Global 2000", den der damalige Präsident Carter im Jahre 1977 in Auftrag gegeben hat, eine wichtige empirisch-wissenschaftliche Fundierung erfahren. In "Global 2000" wird aufgezeigt, daß das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie nicht als ein gleichsam antinomischer Konflikt zu verstehen ist, bei dem für die eine oder die andere Seite entschieden werden müsse. Das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie ist vielmehr als ein Regelkreis zu begreifen: Die bisherige Wachstumsökonomie führt zur Zerstörung der Umwelt - die zerstörte Umwelt führt zur Zerstörung der Wirtschaftskraft und des Lebensstandards. Diese grundlegenden Erkenntnisse von "Global 2000" entsprechen auf der empirisch-wissenschaftlichen Ebene unseren theologischen Überlegungen, die auch unserem Protest gegen die Startbahn West zugrundeliegen. "Global 2000" macht deutlich: Es geht um eine fundamentale Kurskorrektur in der Wirtschaftspolitik, wenn die Menschheit überleben soll. In dem Begleitschreiben an den damaligen Präsidenten Carter spricht "Global 2000" von einem "Potential globaler Probleme von alarmierendem Ausmaß" (Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten. Verlag Zweitausenseins. Postfach, Frankfurt/ Main 61, 16. Auflage 1981, S. 19). Und in den "Schlußfolgerungen" heißt es: "Mutige und entschlossene neue

Initiativen sind erforderlich, wenn die zunehmende Armut, die Vermehrung menschlichen Leidens, wenn Umweltzerstörung und internationale Spannungen und Konflikte vermieden werden sollen." (AaO., S. 3o) "Neue und phantasievolle Ideen – und die Bereitschaft, sie in die Tat umzusetzen – sind heute wichtiger als alles andere." (Ebd.) Auch dieser Aufruf von "Global 2000" entspricht grundlegenden Überlegungen theologischer Ethik, die christlichem Handeln ihre Zielrichtung geben.

Wir haben in den vorangegangenen Zeilen versucht, Ihnen die theologisch-wissenschaftlich und empirisch-wissenschaftlich begründeten Motivationen unserer Ablehnung des Baues der Startbahn West deutlich zu machen. Es geht uns also nicht um eine "Regionaltheologie", sondern eher um eine "Menschheitstheologie", die die Zukunft aller Menschen auf unserer Erde thematisieren will.

Bei unserer Ablehnung der Startbahn West haben wir, Kirchengemeinden und Dekanate im Umkreis des Frankfurter Flughafens, immer den Grundsatz der Gewaltfreiheit in Auseinandersetzungen betont. Dazu verpflichtet uns auch die Bergpredigt Jesu Christi: Für das Ziel einer friedlichen Welt, einer Welt ohne Gewalt, kann man nur eintreten, wenn man sich der Mittel Jesu Christi, wenn man sich friedlicher Mittel bedient.

Mit freundlichen Grüßen Ihre (gez.) Christiane Dannemann, (gez.) Ulrich Dannemann

# BUCHBESPRECHUNGEN

Fritz Boll/Manfred Linz/Thomas Seiterich (Hg.): Wird es denn überhaupt gehen? Beiträge für Walter Dirks. Kaiser Verlag München und Grünewald Verlag Mainz 1980

Die Festschrift zu Walter Dirks' Vollendung des 80. Lebensjahres vermittelt nur einen Ausschnitt aus der Vielfalt von Anregungen, die dieser Mensch vier Generationen mit auf den politisch-theologischen Lebensweg geben konnte: von dem um zehn Jahre älteren Oswald von Nell-Breuning bis zu dem um 55 Jahre jüngeren Thomas Seiterich spannt sich eine Brücke von 50 Autoren unterschiedlichster Jahrgänge, Erfahrungen, Lebensauffassungen und politischer Richtungen, die Walter Dirks historisch-biographische, theologisch-exegetische, philosophisch-nachdenkliche und journalistisch-kritische Beiträge widmen.

Erstaunlich, auf welch unterschiedlichen sozialen und kul-

turellen Umfeldern der Mensch WD nachhaltige Impulse setze. Sie gingen aus vom WD der "Rhein-Mainischen Volkszeitung", dem Redakteur des "Friedenskämpfer", dem Musikkritiker der "Frankfurter Zeitung", dem Herausgeber der "Frankfurter Hefte" und der "Frankfurter Beiträge zur Soziologie" (zusammen mit Adorno), dessen eigentlicher Beruf zuletzt Abteilungsleiter im WDR war. Die Autoren begegneten ihm in sehr unterschiedlichen Arbeits-, Lebens- und Diskussionszusammenhängen ("Rollen" wäre zu dürftig-funktionalistisch umschrieben): WD als theologisch Denkendem und Fragendem, WD als Verehrer des Mönchtums, als Linkskatholik, als Verkünder und Lehrer von Hoffnung und Utopie, als Vorbild für evangelische Lebens- und Alltagsgestaltung, als Anreger für parteipolitisches Handeln in der SPD und links davon und als Mitbegründer der CDU, als Abrüstungsbefürworter und Pazifist in Weimarer wie in Bonner Zeiten, als Vordenker eines europäischen Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Da erscheint der Nachbar und Freund WD, den man am Fuße des Schwarzwaldes aufsuchen kann, da kommt der Arbeitskollege und Dienstvorgesetzte in der Journalistenund Publizistenzunft zum Vorschein, dann der Leser, Hörer und Interpret von Lyrik, der Freund und Kritiker einer schöpferischen Musik. Die Universalität Dirks 'scher Fähigkeiten und Neigungen läßt sich vielleicht mit Epplers Charakteristik "Streiter für politische Kultur" (S. 157) am ehesten, wenn auch nicht erschöpfend, treffen.

Die Festschrift läßt sich sowohl als Dokumentenband dessen einordnen, was Dirks ausschnitthaft im Bereich politischer Kultur angeregt hat und noch immer anzuregen vermag, ist aber auch genauso als Sammelband für neue Anstöße der von Dirks motivierten Autoren zu gebrauchen. Das Buch lädt ein zum Nachdenken, wie man politisch-theologische Impulse in den Augenblick umsetzen kann, ohne Verlust von Zukunft und Hoffnung.

Die Frage, ob wir heute noch Vorbilder vermitteln sollen, wird hier positiv beantwortet. Was lernen wir von Dirks, dem Achzigjährigen? Als Christ Sozialist zu sein, ohne den Mund zu voll zu nehmen und dabei das Maß zu verlieren für die Realisierung eines doppelt hohen Anspruches. Wir lernen von Dirks, wieder den jungen Marx, Rosa Luxemburg, aber auch den heiligen Franziskus und vor allem Jesus von Nazareth zu verstehen.

Klaus Kreppel

Johann Baptist Metz: Jenseits bürgerlicher Religion. Reden über die Zukunft des Christentums, Grünewald Verlag, Mainz, und Kaiser-Verlag, München 1980

Die zwei derzeit wohl profiliertesten Theologen im westdeutschen Katholizismus, die ihr Metier immer auch als
eine Kirchenkritik in praktischer Absicht verstehen,
dürften Hans Küng und Johann Baptist Metz sein. Das ist
das eine, was sie verbindet. Das andere, was sie zugleich
trennt - für den Außenstehenden nicht immer sofort ersichtlich -, ist ihr Dissens über den theologischen Ansatz, ihr unterschiedliches methodisches und argumentatives Vorgehen sowie die Perspektive, die beide der immer auch ökumenisch verstandenen - Kirche und religiösen Praxis der Christen gegenwärtig und künftig zumuten
möchten. Jedenfalls stehen die Namen Küng und Metz für
zwei theologisch-politische Richtungen, die miteinander
ringen und zugleich die innere Spannung der innerkatholischen Opposition kennzeichnen.

Wer diesen Dissens nicht nur auf einen persönlichen Profilierungsversuch zweier theologischer Starfiguren reduzieren möchte (was er freilich auch ist), sondern genauer nach den Grundlagen dieses "Streits" über den Weg der Kirche und der Zukunft des Christentums in einer bürgerlichen bzw. nachbürgerlichen Welt fragt, erhält darüber Auskunft in der jüngsten Publikation eines der beiden Kontrahenten: J. B. Metz hat einige seiner öffentlichen Reden aus den letzten Jahren, vorgetragen auf evangelischen und katholischen Kirchentagen sowie bei anderen kirchlich-gesellschaftlichen Anlässen, gesammelt und auf den gemeinsamen Begriff einer Theologie "jenseits bürgerlicher Religion" gebracht.

Eine im Dezember 1968 improvisierte Vorlesung vor seinen Studenten in Münster (in diesem Bändchen noch einmal, wenn auch überarbeitet, nachzulesen unter dem Titel "Der Glaube der Reformer") ließ schon damals deutlich werden, aus welchem Grundpathos die Kritik von Metz gegenüber Entwicklungen der nachkonziliaren Kirche herrührt: die emphatische Verteidigung des "Geistes" des Zweiten Vatikanischen Konzils gegenüber dessen Kritikern erfolgte für Metz eben nicht aus dem "Geist bloß der billigen An-, passung und der modischen Erneuerung" (128), sondern aus der "leidenschaftlichen Bereitschaft, dem 'Skandal des Christentums' standzuhalten" (137). Diesen "Geist des Konzils" sah er schon Ende der 60er Jahre bei den Trägern des kirchlichen Apparates wieder in Gefahr. Gruppen begannen sich in der Kirche zu rüsten, die dieses Konzil des modernistischen Anpassungswillens verdächtigten und

die den Geist dieses Konzils aus der Kirche wieder austreiben wollten.

Aber auch die progressiven und reformerischen Theologen, die ja ihre kritischen und befreienden theologischen Evidenzen ziemlich erfolgreich auf dem Konzil zur Geltung bringen konnten, sind nach Auffassung von Metz nicht ganz unschuldig an dieser innerkirchlichen Entwicklung, fehlt(e) ihnen doch allzuoft der "zweite Mut": nämlich das "Ethos einer theologischen Wahrheitsfindung, für welche die Wahrheit selbst als Theorie-Praxis-Problem erscheint und für welche deshalb das Ringen um die kirchlich-sozialen Konsequenzen neuer theologischer Einsichten zur Wahrheit dieser Einsichten selbst gehört" (137). Wirkliche theologische Erneuerung und veränderte religiöse Praxis finden ja nie bloß in den Köpfen der Theologen statt - fürwahr eine Erkenntnis, die verständlich macht, warum für Metz die Frage nach dem theologischen Subjekt so zentral ist: Dieses Subjekt - so sieht er es jedenfalls heute - ist zuallererst das "Volk", die Armen, die Unterdrückten und Ausgebeuteten, die Basis-Kirche der Dritten und Vierten Welt.

Genau dies ist der Ausgangspunkt der gegenwärtig geführten Debatte zwischen einer "bürgerlich-liberalen", eher subjektlosen, akademischen und einer "nachbürgerlichpolitischen", subjektbestimmten, handlungsorientierten Theologie. Übereinstimmung zwischen Küng und Metz, den Protagonisten dieser zwei theologischen Schulen, findet sich dort, wo beide eine Volkskirche in Form der Betreuungskirche "für das Volk" samt der ihr adäquaten Theologie als obsolet deuten. Die Überwindung dieses (idealtypisch gezeichneten) Kirchenbildes kann aber für Metz nicht - und das ist der Hauptvorwurf an die Adresse Küngs - in den Ansätzen zu einer bürgerlich-liberalen Theologie, die sowohl Theorie wie Praxis kirchlicher Autoritäten vor allem anhand der Maßstäbe bürgerlicher Plusibilitäten kritisiert, liegen. Andernfalls würde die "Volkskirche" lediglich durch eine Angebots- und Service-Kirche ersetzt werden, derer sich "der Bürger" bedient, wenn er sie braucht. Metz plädiert vielmehr für (durch den jeweiligen gesellschaftlichen Kontext näher bestimmbare) politische Theologien der Befreiung, die in einer konstitutionellen Einheit von produktiver Kirchen- und Gesellschaftskritik auf eine Basiskirche als "Kirche des Volkes" zielen (115 f.). Gerade auch um der Ökumene willen, als brüderliche Korrektur eines historisch siegreichen protestantischen Kirchentypus, würde die Gestalt der bürgerlichen Service-Kirche nur dessen verzögerte Variante im Katholizismus darstellen, ohne aber ihrerseits die Widersprüchlichkeit und Dialektik der Reformation und bürgerlichen Aufklärung durchschaut und überwunden zu haben.

Ökumene - so Metz - wird nur dann und insofern vorankommen, wenn beide Kirchen (der Ersten Welt) energisch aus dem Provinzialismus (vor-) bürgerlichen Kirchentums heraustreten und sich den Herausforderungen der Weltkirche bzw. des Weltchristentums stellen. Sind einmal diese bisher noch kirchlich-vorherrschenden Maßstäbe entprovinzialisiert, erscheint die Basiskirche bereits - vor allem in Mittel- und Südamerika - als angebrochene Gegenwart. Fatal wäre es allerdings - und dies würde nur noch einmal mehr die Abwehr- und Berührungsängste des bürgerlichen Christentums vor den weltweiten Herausforderungen bestätigen -, diese dritte Kirchenform lediglich als spezifischen Ausdruck der Kirchen in den sogenannten unterentwickelten Ländern zu relativieren und damit ihre provokativen Impulse für unsere ökonomische. ökologische, politische und kirchliche Situation hierzulande zu entschärfen.

Johann Baptist Metz erweist sich in seinen Reden nicht nur als Theologie-Professor, sondern auch als leidenschaftlicher und parteilich agierender Redner, dessen Sprachduktus sich von der Analyse eines theologischen Zeitund Gesellschaftskritikers vor allem dadurch unterscheidet, daß er den Widerspruch zur einen Seite - der bürgerlichen Service-Kirche - immer mit dem Zuspruch zur anderen Seite - der "Kirche des Volkes", in der das leidende und unterdrückte Volk endlich zum Subjekt wird verbindet. Man muß, außer dem rednerischen Pathos, auch das theologisch-politische Ethos dieser Texte anerkennen: hier spricht einer, der sich nicht mit dem Zuschauen begnügt, der vielmehr in dieser Gesellschaft auch "politisch" wirken will und sich deshalb energisch einmischt und das mit so klarer Parteinahme tut, daß auf ihn für Freund wie für Feind Verlaß ist.

Verlaß ist auch deshalb auf Metz, weil er nicht plakatiert, sondern argumentiert. Er vertritt auf diese Weise die volle Tradition der Rhetorik, die sich in ihrer klassischen Zeit nicht nur als Kunst der wohlgeformten Rede, sondern immer auch als Argumentationskunst verstanden hat. Wer diese Kunst beherrscht, weiß genau, wo die Fundörter für starke Argumente liegen und wie diese so wirksam angeordnet werden, daß sie einen Zuhörer (oder Leser), der noch in seinem Urteil schwankt, zu überzeugen vermögen.

Helmut Frenz (Hg.): Stimme der Verstummten. Vom Einsatz für die Mensthehrechte, Gütersloher Verlagshaus Mohn 1980 (Gütersloher Taschenbücher Siebenstern, 1003) 124 Seiten

Die meisten Beiträge des vorliegenden kleinen Sammelbandes handeln von der Arbeit der Menschenrechtsorganisation Amnesty international (im Folgenden: ai). Die Organisation (vgl. über sie auch den Beitrag von R. Pauli in CuS 3/1977) besteht seit 1961 und ist heute mit etwa 200.000 Mitgliedern, über 2.000 Adoptionsgruppen, 35 Ländersektionen und Einzelmitgliedern in weiteren 74 Ländern vertreten. Durch den Friedensnobelpreis 1977, durch ihren Beraterstatus bei den Vereinten Nationen, bei UNESCO und beim Europarat, aber mehr noch durch den unermüdlichen Einsatz für Gefangene, Gefolterte und zum Tode Verurteilte in allen Ländern der Welt ist ai zu einer moralischen Instanz geworden. Allerdings zeigt das Zahlenverhältnis von etwa 5.000 adoptierten Gefangenen und "Ermittlungsfällen" (1980) zu den geschätzten 1.000.000 politischen Häftlingen in der ganzen Welt, daß die bisherige Arbeit erst ein Anfang ist.

Besonders gut erschließen die Berichte von zwei ai-Gruppen - Hannover und Horrem bei Köln - über ihre Fälle in Brasilien (15 - 25) und Tunesien (26 - 36) dem Leser die praktische Seite der ai-Arbeit. Es geht dabei um die Arbeitsweise der einzelnen Gruppe, ihre Unterstützung durch das Internationale Sekretariat in London und durch andere ai-Gruppen, aber auch um die Adressaten - meist Personen des öffentlichen Lebens - der Bemühungen für den Gefangenen. Auszüge aus der Korrespondenz der Gruppen mit ihren Gefangenen vermitteln die persönliche Betroffenheit, die auch in schwierigen Fällen immer wieder zu neuen Initiativen motiviert.

Ebenso informativ sind drei Länderberichte über die CSSR (69 - 78), die USA (78 - 90), Nord- und Südkorea (90 - 101), die am Beispiel einzelner Prozesse und ihrer Opfer die politische Unterdrückung in Ländern mit ganz verschiedenen Gesellschafts- und Verfassungssystemen zeigen. Sie ergänzen die Fall-Beispiele insofern sehr gut, als der Leser aus ihnen ersehen kann, wie die historische und politische Kenntnis eines Landes in die Gruppenarbeit eingehen muß, wenn die Gruppe die Position ihres Gefangenen und die Möglichkeiten seiner Freilassung richtig einschätzen will.

In der Mitte des Bandes findet sich der längste Beitrag und sozusagen die Titelgeschichte: "Amnesty international – eine Alternative zur Gleichgültigkeit" von Elmar Funk (37 – 68). Neben den bekannten Grundzügen der ai-Arbeit stellt Funk die "Kampagne zur Abschaffung der Folter" (seit 1972) und die "Kampagne zur Abschaffung der Todesstrafe" (seit 1977) heraus, sowie für die BRD den Kampf um die Verwirklichung des Asylrechts: "Das Ansteigen der Zahl von Asylbewerbern seit 1973/74 hat generell eine grundlegende Verschlechterung der rechtlichen und tatsächlichen Situation der Flüchtlinge in der Bundesrepublik zur Folge gehabt" (53). Die neuerliche Verschärfung des Asylrechts berücksichtigt der Beitrag noch nicht; sie bestätigt ihn leider.

Wichtiger als einige Kritikpunkte zu Funks Darstellung, die vor allem die wenig übersichtliche Gliederung seines Beitrags betreffen, scheint besonders ein Aspekt, den Funk im Abschnitt "Öffentlichkeitsarbeit" anspricht, der aber überhaupt für die ai-Praxis nicht unproblematisch sein dürfte: Die einerseits notwendige Zusammenarbeit mit Medien und offiziellen Stellen, um Menschenrechtsprobleme einer Mehrheit der Bevölkerung zu vermitteln, und andererseits die Ohnmacht gegenüber diesen Stellen, ihre "Vermarktung" von ai-Informationen (z. B. in antikommunistischem Sinn) zu beeinflussen. Vermutlich kann nur eine starke Basisorientierung ai und ähnliche Organisationen davor bewahren, Anpassungs-Forderungen von Medien und Politikern entgegenzukommen.

Die besondere christliche Verpflichtung, sich nach dem Gebot der Nächstenliebe für die "Verstummten", für Hilflose und Minderheiten einzusetzen, ist das Thema der drei theologischen Beiträge des Bandes von Gollwitzer (7 - 14), Frenz (114 - 120) - seit 1976 Generalsekretär der Deutschen ai-Sektion - und Albertz (122 - 124). Als praktische Ergänzung dazu ist wohl der Programmvorschlag für einen Passionsgottesdienst (102 - 113) gedacht, der Dias, Berichte und Diskussion über die ai-Arbeit, eine Postkartenaktion für den Gefangenen, der von einer lokalen ai-Gruppe betreut wird, und eine ai-Kollekte vorsieht.

So informativ und engagiert einzelne Beiträge auch sind: sie können nicht ersetzen, was dem Band fehlt, nämlich eine Konzeption. Das macht die Lektüre insgesamt unbefriedigend. Warum enthält z. B. der Titel keinen Hinweis auf ai, obwohl 2/3 des Textes dieses Thema behandeln? Bei dem Verzicht auf diesen Hinweis wäre ein Vorwort oder eine Einleitung, die die Thematik und den Zusammenhang der Einzelbeiträge erläutern, umso nötiger. Solch eine Einführung fehlt. Es gibt auch kein Verzeichnis der Autoren. Eine knappe Bibliographie mit 16 Titeln von und über ai findet man nur zufällig auf S. 121 (vor dem Nachwort!); im Inhaltsverzeichnis ist sie nicht aufgeführt. Die sehr differenzierte Gliederung des Funk-Beitrags über ai, die

ein schnelles Auffinden einzelner Abschnitte ermöglichte, wurde weder ins Inhaltsverzeichnis aufgenommen noch dem Beitrag selbst vorangestellt, ist also nur durch Blättern zu rekonstruieren.

Diese Mängel beeinträchtigen vor allem für den Leser den Wert des Buches, der sich erstmals über die Menschenrechtsarbeit von ai informieren möchte.

Maria Kühn-Ludewig

Elisabeth Moltmann-Wendel: Ein eigener Mensch werden. Frauen um Jesus, Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn (GTB Siebenstern-Taschenbuch 1006), Gütersloh 1980, 150 Seiten

Die männlichen Jünger hatten Jesus aus Angst verlassen. Die Jüngerinnen jedoch waren bei seiner Kreuzigung anwesend. Die Männer hielten sich versteckt. Die Frauen besuchten Jesu Grab und wurden so Zeuginnen der Auferstehung. Und sie sind nicht nur die eigentlichen Trägerinnen der Tradition von Tod und Auferstehung Jesu, sondern für Kreise der frühen Kirche galten sie auch als die eigentlichen Jüngerinnen, denn sie taten, wozu Jesus gekommen war: sie dienten. Für das Dienen der Frauen wird im Griechischen derselbe Ausdruck verwandt wie für das Dienen Jesu. Die männlichen Jünger erfüllen in den Evangelien diese Aufgabe nicht!

Diese lebendige Tradition der Alten Kirche, die von selbständigen, redegewandten, eigenwilligen Frauen und vorbildlichen Jüngerinnen zeugt, ist uns noch von Markus überliefert, wird aber schon in den anderen Evangelien kaschiert, um "die männliche Ehre wiederherzustellen".

In ihrem Buch "Ein eigener Mensch werden" entdeckt Elisabeth Moltmann-Wendel die Frauen um Jesus als bedeutende Persönlichkeiten, die sich keinesfalls in die uns überlieferten Rollen der reuigen Sünderin oder der demütigen (Be-) Dienerin pressen lassen. An sieben Beispielen skizziert die Verfasserin, wie durch Uminterpretation und verfälschte, interessengebundene Überlieferung Frauenbefreiung zu Frauenunterdrückung wurde. Da ist zum Beispiel Martha, uns bekannt als dienende, treusorgende Hausfrau. Leider fehlt ihr das Streben nach Höherem, der Eifer des Glaubens. Sie ist "nützlich, aber minderwertig". Elisabeth Moltmann-Wendel entdeckt eine ganz andere Martha: Praktisch, geschäftig, realistisch. Sie weiß, was zu tun ist, und bricht dafür auch gesellschaftliche Spielregeln. In dem von Johannes überlieferten Bericht von der Auferweckung des Lazarus stellt sie sich als die wahre Jüngerin heraus, denn sie antwortet Jesus "mit einem Christusbekenntnis, das auf einsamer Höhe im Neuen Testament steht" (33) und nur noch mit dem Christusbekenntnis des Petrus in Matthäus 16,16 verglichen werden kann. Auf dem Petrusbekenntnis wurde die Kirche aufgebaut, das Marthabekenntnis ist weitgehend unbekannt geblieben. Ein Blick in die Kirchengeschichte zeigt, daß es neben der uns heute geläufigen Tradition von der (die Männer) be-dienenden Martha auch noch andere, z. B. die von der drachenbesiegenden Martha gab. Diese emanzipatorischen Strömungen des Mittelalters wurden von der patriarchalischen Kultur genauso schnell und gründlich verschüttet wie die der Bibel.

Die Stärke dieses Buches liegt in seinem Charakter als Lese- und Arbeitsbuch, denn es setzt keine fertigen Ergebnisse vor, sondern skizziert Positionen und Gegenpositionen, berichtet von Entdeckungen in Bibel, Literatur und Kunst und regt an zum eigenen Suchen und Finden.

Dieses Buch macht Mut, für "eine Kirche von aufgerichteten, gleichberechtigten Frauen und Männern" (147) zu kämpfen, denn unsere patriarchalische Gesellschaftsstruktur entspringt keinem gottgewollten Naturgesetz. Frauenfeindliche Aussagen in der Bibel dürfen nicht zur Legitimation unterdrückerischer Zustände herangezogen werden, denn: "Zu den historischen Bedingtheiten der biblischen Schriften gehört auch, daß sie von Männern verfaßt worden sind" (Kurt Marti).

Wir Frauen müssen lernen, uns in der Bibel wiederzufinden, dann erst entdecken wir Christus als den Befreier der Unterdrückten. Wir können mithelfen, den verschütteten Zugang zur Bibel freizuschaufeln. Dieses Buch macht einen vielversprechenden Anfang.

Annette Muhr-Nelson

Günter Brakelmann (Hrsg.): Kirche im Krieg. Der deutsche Protestantismus am Beginn des Zweiten Weltkriegs, Chr. Kaiser Verlag. München 1979, 336 Seiten

Vier Studenten, eine Studienrätin und ein Professor haben vierzig Jahre nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs diesen Band bisher verstreut lagernder Dokumente vorgelegt. Ihre Ergebnisse interessieren nicht nur Arbeitsgruppen zu kirchlicher und politischer Zeitgeschichte. Sie können die Bereitschaft der Öffentlichkeit verstärken über das so oft verdrängte Geschehen zu sprechen, über den Krieg, in dessen Verlauf ca. 55 Millionen Menschen umkamen, der Massenelend hervorrief und bis heute die Beziehungen europäischer Völker, die Beziehungen von Deutschen und Ju-

den, belastet, dessen Last durch Versöhnung überwunden werden muß.

Der erste von zehn Abschnitten beginnt: "Über den Krieg hat man lange zuvor gesprochen, ehe er ausbrach" (23). Aus der kaum zählbaren Menge von Reden zur "Wehrertüchtigung" werden vier Beispiele genannt. Während die altkonservative Theologie meist den Krieg als "Notwehr" der Obrigkeit rechtfertigte, gingen die Wegbereiter des Faschismus vom Recht des Tüchtigen, vom "Lebenswillen" des Volkes aus, dem auch "größerer Lebensraum" gehöre. Krieg entspricht nach diesem Bild dem Gesetz der Geschichte. Einen Krieg führen "mit gutem Gewissen" kann der Untertan, der den verantwortlichen Führern gehorchen muß. Die preu-Bische und die faschistische Tradition wurden in der Rede von dem "Glanz und Wunder des Tages von Potsdam" mit den Personen Hindenburg und Hitler zusammengesehen. So galt der Fahneneid als "göttliche Berufung in das Mannestum". Eine sozialdarwinistische Weltanschauung, die schöpfungstheologische Begriffe zu Hilfe nahm, hatte schon vor dem Krieg alle denkbaren Legitimationsformeln für den Krieg geschaffen. Antidemokratisches Denken und Revanche-Rufe nach dem Diktatfrieden von Versailles ergänzten die Kriegsbereitschaft.

Die weiteren Dokumente vor Kriegsausbruch zeigen die Zersplitterung der Kirche. "Die offiziellen Reichskirchenorgane und die von Deutschen Christen beherrschten Landeskirchenorgane sprechen ... dem Staat und der Partei ihr Vertrauen aus." Die lutherischen Bischöfe der "intakten Kirchen" kämpfen um "Reinheit der Lehre und Freiheit des Kirchenregiments". Der Hort des Widerstandes, die "Bruderräte", waren jedoch "für weite Kreise innerhalb und außerhalb des Protestantismus" als "politisierende Klerikale ... als reale Staatsfeinde abgestempelt" (47). Unter dem Druck der SS und des Reichskirchenministers rückten auch die lutherischen Landesbischöfe von den Bruderräten ab, mißbilligten "aus religiösen und vaterländischen Gründen" den Entwurf einer Gebetsliturgie zur Zeit der Tschechenkrise 1938. Dabei fanden die mutigen Worte Karl Barths, der die Tschechen sogar zum militärischen Widerstand aufforderte, selbst bei seinen Schülern Ablehnung. Ein beispielhaftes Dokument des Jahres 1938 ist die Rede des Pfarrers Günter Jacob, die die antichristliche Politik der Rassisten entlarvt. Sie lag auf der Linie der Kanzelabkündigung der Bekennenden Kirche, in der Behinderungen und Konzentrationslager angesprochen wurden. Diese Kirche, die ihren Namen verdiente, verweigerte sich im Bekenntnis zu Christus dem totalitären Staat. Symbol des Widerstandes war Martin Niemöller. Später haben diese Männer selbst erkannt, wo ihre Grenzen lagen: Auch für die um ihres Glaubens, ihrer politischen Überzeugung oder ihrer Rasse willen verfolgten Menschen und Völker hätten sie eintreten sollen.

Am 20. April 1938, Hitlers 50. Geburtstag, hatte der Hitler-Kult seinen Höhepunkt erreicht. Die Telegramme von Führern kirchlicher Verbände zeigten, daß Hitler im Protestantismus "großen politischen Rückhalt" gehabt hat. Daß der Führerkult "selbst in ein offizielles Gesangbuch einziehen" konnte, zeigt "die Selbstverständlichkeit, mit der der Führer ein zentraler Teil religiöser Interpretation geworden war" (114).

Der nun folgende Krieg gegen Polen und die Westmächte wurde von Hitler als aufgezwungener Verteidigungskrieg interpretiert, als große weltdemokratische Verschwörung gegen Deutschland unter Führung der internationalen jüdischen Hochfinanz. Die Appelle an Opferbereitschaft sowie die Anrufung des "Herrgotts" fielen auf fruchtbaren Boden, wie die Dokumente der Kirchenleitungen und -verbände zeigen. "Großdeutschland ruft zum Dienst" (Klingler), wurde allen Pfarrern zugerufen. Die Aufrufe des "Geistlichen Vertrauensrates" übernehmen voll die offizielle Lesart in der Kriegszielfrage: "Heimkehr des deutschen Blutes ins Reich ... Die Rolle der Kirche einst und heute: 'Zu den Waffen aus Stahl' 'unüberwindliche Kräfte aus dem Wort Gottes' zu reichen" (136). Wie bei dem folgenden Siegergebet steht die offizielle Vertretung damit ganz in der Tradition der Kriegstheologie des Ersten Weltkriegs. Theologie wird hier aufgelöst in "völkisch-politische Selbstinterpretation", stellt der Kommentar fest (139).

Eine Lücke füllt der wichtige Abschnitt 9 "Der Protestantismus in Polen und die Ereignisse im September 1939". Er dokumentiert z. B. den Konflikt der Nationalitäten. Mit dem deutschen Einmarsch schienen für viele "Tausend Jahre deutscher Schicksalskampf im Osten" ein glückliches Ende gefunden zu haben. Aber "während die einen in die Kirche strömten, um zu danken, begann für die anderen der größte Leidensweg, den ein Volk in der modernen Zeit bisher gegangen war" (213). Zu überprüfen wäre das Bild des polnischen Bischofs Julius Bursche, dem "polnische Missionsideologie" unterstellt wird. Die Dokumente im politischen Archiv des Auswärtigen Amtes zeigen wenigstens z. T. einen anderen Bischof, der bei seinen Verhandlungen um die Kirchenverfassung gleichermaßen vom polnischen Staat und deutschen Verbänden bedrängt wurde, der immerhin sagen konnte: "Nicht zum Polonisieren, nicht zum Germanisieren

sind wir berufen, sondern zur Predigt des Evangeliums Jesu Christi." "Er stirbt nach längerem KZ-Aufenthalt am 20.2.1942", heißt es kurz; man ergänze: als 80jähriger Mann.

"Der christliche Soldat zweifelt nicht", ist ein Tenor des "Schriftendienstes für Heimat und Heer". Glaube wird als eine Art "Heilmittel gegen die Angst dargestellt" (24o) und so für Kriegsziele funktionstüchtig gemacht. Dennoch gab es staatliche Zensur, die Arbeit der kirchlichen Wehrmachtsseelsorge wurde bald unterbunden. - Die Kriegspredigt selbst hat ein doppeltes Gesicht. Einmal ist sie die deutsch-christliche Frömmigkeit wie im Jahr 1914 "Vorwärts Kameraden!" (Wien), zum andern wird diese bei einer Reihe von Besinnungen kritisiert (Steck, Rieger). Die Christus-Predigt wird "eine Form der Verweigerung gegenüber völkisch-nationalistischem Anspruch" (306). Von der Seelsorge an Leidenden und Sterbenden sprechen die Herausgeber "mit Respekt" (308). Als Beispiel einer Predigt mit "kritischen Implikationen" wird eine von Helmut Gollwitzer wiedergegeben. Sie rügt "Haß" und Gleichgültigkeit gegen Recht und Ehre von Mitmenschen. Trotz solchen Zeugnisses bleibt der Eindruck von der "Ohnmacht der Kirche und ihrer Verkündigung vor der Allmacht des Staates und seiner Weltanschauung. Die Kirche hat den entfesselten Dämonien eines aggressiven Nationalismus, eines militanten Rassismus, einer intoleranten Pädagogik und einer naturalistisch-biologistischen Ethik aus der Verantwortung des Glaubens und seiner Ethik heraus nur hinhaltenden Widerstand entgegensetzen können. Das bleibt ihre tiefe Schuld. Erklärbar, aber nicht entschuldbar", so endet das Buch (326).

Durch begleitende Dokumentation von Hitler-Reden und NS-Schrifttum wird das Ausmaß des Drucks deutlich, unter dem die Kirche stand, in den sie hineingeraten war. Denn je erfolgreicher ein Widerstand gegen ein totalitäres Machtregime sein soll, desto frühzeitiger muß er von der Masse getragen werden. Zu denken gibt die Wirkungslosigkeit vieler Appelle. Erkenntnisse der Sozialethik in praktischer Politik umzusetzen, muß eine Aufgabe christlicher Dienstgruppen sein. Hier wäre der Kampf der religiösen Sozialisten gegen den Faschismus seit 1926 zu würdigen. Am 42. Jahrestag des Kriegsausbruches, an dem ich diese Buchbesprechung schreibe, denke ich im Blick auf die draußen spielenden Kinder: Noch haben wir Zeit, uns unseres Lebens zu freuen, noch haben wir Zeit zu Kritik und Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse.

Reinhard Gaede

# BUNDESNACHRICHTEN

Internationale Konferenz christlicher Sozialisten, 17. – 20. September 1981 in Wien

Christentum und Sozialismus in Österreich. Diese Spannung zu erleben, ist ein Ferienerlebnis. Wir pendelten zwischen dem Stephansdom und den Wohnhöfen des Roten Wiens. Wir sahen die kaiserliche Hofburg und die Ausstellung "Arbeiterkultur in Österreich".

In das Karl-Renner-Institut hatten die Freunde der Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialismus (ACUS) eingeladen. Gekommen waren außer uns die Gruppen des Internationalen Bundes der religiösen Sozialisten aus der Schweiz, den Niederlanden, Schweden; dazu kamen Repräsentanten christlicher Sozialisten aus Spanien und Italien. Zu unserer Gruppe gehörten Günter Ewald, Jürgen Finnern, Reinhard Gaede, Henning und Laura Gloyer, zeitweise als Cäste auch Arnold Pfeiffer und Burkhardt Reichert in seiner Funktion als Kirchenreferent der SPD. In der Vergangenheit war die internationale Arbeit besonders durch die innere Schwäche der deutschsprachigen Gruppen gelähmt worden. Deshalb begrüßten alle Teilnehmer die Neuanfänge in den letzten Jahren. Ältere Mitglieder, z. B. das Ehepaar Ragaz und Otto Bauer, ließen den Geist der Gründerjahre gegenwärtig sein. Bei Wein und Brot erzählte der "kleine Otto Bauer" als 85 jähriger den jungen Freunden vom österreichischen Bund und seiner Zeitschrift "Der Menschheitskämpfer".

Prof. Walter Hacker, Internationaler Sekretär der SPÖ, und Karl Blecha, stellv. Parteiohmann der SPÖ, überbrachten die Grüße der Sozialdemokratie unseres Gastgeberlandes und referierten über die Ceschichte und die gegenwärtige Lage der Arbeiterbewegung in Österreich. Die breitere Öffentlichkeit war zum Vortrag des katholischen Theologen Johann Baptist Metz eingeladen. Metz sprach über Glaube und Politik. "Religion hat eine innere Politische Dimension. Als unpolitischer, politisch Neutraler wäre der Sohn Gottes nicht gekreuzigt worden." Im Gegensatz zur "bürgerlichen Religion", die "überwölbende Werte" für die bürgerliche Gesellschaft formuliert, forderte Metz Politische Prophetie von der Basis aus. Das wäre die "anthropologische Revolution": "Gott in der Politik, Humanität in der Religion" zu bezeugen. Die Reformation des Weltchristentums erwartet Metz von den armen Kirchen; von dort könne die "zweite Reformation" als "Aufbruch" der Kirchen "zu sich selbst" vermittelt werden, als Solidarität mit den Armen, als Sehen mit den Augen der unsichtbaren Opfer.

Begegnungen und gemeinsame Arbeit ermöglichten vier Arbeitsgruppen. Gruppe I widmete sich dem "Rüstungsboom" und der "Machtpolitik als einer Herausforderung an Christen und Sozialisten". Die Grüppe wurde angeregt durch eine Diskussionsvorlage von Evert Svensson sowie durch die Broschüre des Schweizer Friedensrates "Wir wollen nicht zu Tode verteidigt werden" (bei Ehepaar Ragaz, Zürich, Gartenhofstr. 7) und durch einen Offenen Brief von 330 Wissenschaftlern an Bundeskanzler Kreisky "Für eine österreichische Friedensinitiative" (in: Kritisches Christentum, Heft 50/Juli 1981). Die Gruppe formulierte eine Resolution, die vom Internationalen Bund und der Konferenz angenommen wurde.

Gruppe II beschäftigte sich mit Zielen und Strategien christlicher Sozialisten in Europa. Außer der Konferenz-Resolution sollten einige Ergebnisse bekannt werden: An Zielen für Personen und Gruppen in Sozialistischen Parteien wurden genannt: Eigenständigkeit gegenüber Apparaten - ständiger Verweis auf den sozialistischen Anspruch -Offenheit für neue gesellschaftliche Probleme, für die man in sozialistischen Parteien Bewußtsein schaffen muß - eschatologischer Vorbehalt: eine schlechthin heile Gesellschaft ist nicht machbar. An Zielen für Personen und Gruppen in den christlichen Kirchen wurden genannt: Soweit das jeder tun kann: innerkirchlich präsent sein und aktiv mitarbeiten - Notwendigkeit genauer Gesellschaftsanalyse zur Humanisierung der Gesellschaft bewußt machen - befreiende Dimensionen des Evangeliums ständig neu entdecken (insbesondere Solidarität) - Abwehr von reaktionären politischen Gruppen unter religiösem Deckmantel. Facit: "Die Ziele des Religiösen Sozialismus sind heute nur noch international zu lösen." Dafür wurde eine gemeinsame inhaltliche Basis gefordert, ebenso regelmäßige Konferenzen, Kontakte zur Christlichen Linken Lateinamerikas.

Gruppe III beschäftigte sich mit der Kritik des Kapitalismus, mit Gerechtigkeit der Verteilung, mit Mitbestimmung in der Arbeitswelt. Zur Kritik des Kapitalismus wird im Bericht der Gruppe ausgeführt: "Der Kapitalismus ist zu einer transnationalen Machtstruktur geworden, die von den nationalen demokratischen Organen nur teilweise beeinflußt, jedoch nicht gesteuert werden kann. Der Kapitalismus diktiert Voraussetzungen und Einschränkungen für die Politik. Er indoktriniert die Nationen nicht nur durch Werbung für den Konsum, sondern auch mit Doktrinen für die nationale Politik (z. B. Rüstungspolitik, Energiepolitik)." Für eine sozialistische Strategie werden gefordert: Modelle für eine am Arbeitsplatz ansetzende Demokratisierung der Wirtschaft, wobei Mitbestimmung und Selbstverwaltung als Iernprozeß begriffen wird, in dem Praxis und Theorie verbunden werden. Als allgemeine Voraussetzung einer demokratischen Organisation von Arbeit und Wirtschaft wird die gesellschaftliche Kontrolle der Verfügung über das Kapital (Investitionslenkung, Kreditlenkung) gesehen. "Arbeiterselbstverwaltung allein genügt nicht; sozialistische Wirt schaftsdemokratie erfordert auch eine umfassende demokratische Wirt schaftsplanung." Christliche Sozialisten sollen die befreiende Botschaft des Evangeliums in die Agitation einbringen: "Die Gerechtigkeit, die Erlösung ist immer konkret; das lehren uns die Propheten, diese messianische Perspektive hat Jesus verkündet." Liebe und Gerechtigkeit müssen in unserer ökonomischen Realität Gestalt annehmen.

Gruppe IV sprach über "Politische und religiöse Aspekte zu Fragen der Identität christlicher Sozialisten". Im Bericht heißt es: "Die Verheißung des hereinbrechenden Reiches Gottes motiviert zur Hoffnung oft gegen jeden Anschein. Sie dokumentiert die gemeinsame christlich-jüdische Vorstellung, daß die Welt zu verändern sei. Deshalb wird die Motivation christlicher Sozialisten nie der Haß, sondern die Barmherzigkeit sein - bis hin zu Feindesliebe." Der Bericht spiegelt auch die Anliegen unserer neuen italienischen Freunde mit ihrer Zeitschrift asce: Das Christentum ist zwar Unterschichtreligion, vermittelt wird es aber als "Mittelschichtreligion in einem Nebenzentrum kapitalistisch-imperialistischer Macht. Beide - Kirchen und Parteien - haben Posten zu vergeben und bieten sich an für die persönliche Karriere. Deshalb verpflichten sich die italienischen religiösen Sozialisten grundsätzlich zum Verzicht auf jede Parteikarriere. Indem sie ihren Lebensunterhalt aus Spenden bestreiten, konkretisieren sie ein Stück weit die Botschaft der Bergpredigt."

Reinhard Gaede

Tagung des Internationalen Bundes Religiöser Sozialisten, 16. – 17. September 1981 in Wien

Die internationale Konferenz des österreichischen ACUS war eine gute Gelegenheit für den Internationalen Bund, seinerseits nach langer Pause wieder einmal Delegierte der einzelnen nationalen Bünde zusammenzurufen, und zwar aus Österreich, Schweden, der Schweiz, den Niederlanden und der BRD (G. Ewald, J. Finnern, R. Gaede, L. und H. Gloyer). Später stießen noch zwei italienische Gesinnungsgenossen dazu.

Gegenstand war hauptsächlich eine gegenseitige Information über die verschiedenen nationalen Aktivitäten. Hier seien nur die wichtigsten Charakteristika zusammengefaßt:

In *Österreich* gibt es den Bund der Religiösen Sozialisten seit 1926. 1959 (Konkordat unter Kreisky) wurde die Arbeit wiederbelebt, und seit 1970 gibt es innerhalb der SPÖ den Arbeitskreis Christentum und Sozialismus (ACUS). Ursprünglich als reine Überbauorganisation mit ernannten Vorsitzenden konzipiert, bildeten sich nach und nach lokale Gruppen (ACUS-Clubs) heraus, in denen es keine formelle Mitgliedschaft gibt und auch Parteimitgliedschaft nicht Bedingung ist. Mit ihrer Zeitschrift "Kommentar" verstehen sie sich als linken kritischen Flügel der SPÖ. Sie haben gute Kontakte zur reformierten und altkatholischen Minderheit und zu einzelnen katholischen Priestern, denen in Österreich jede Parteimitgliedschaft untersagt ist, während die "offizielle" SPÖ gute kirchliche Kontakte auf höchster Ebene pflegt.

Noch stärker sind die *schwedischen* Genossen in die Partei integriert. Die ca. 9.000 Mitglieder in 200 lokalen Gruppen sind alle Parteimitglieder. Alle zwei Jahre findet ein Delegiertenkongress statt. Von 158 Reichstagsabgeordneten sind 11 religiöse Sozialisten. Die Arbeit, die sich in der wöchentlichen Zeitschrift "Broderskap" dokumentiert, konzentriert sich auf Themen wie Friedens-, Umwelt-, Frauenbewegung, Familie. Dabei steht man durchaus auch mal im Gegensatz zur Partei, z. B. in der Frage der Atomenergie, während man sich z. B. in die Wirtschaft bewußt nicht einmischt, weil man da nicht gehört würde. Nur einmal hat man sich dafür eingesetzt, daß Frauen Pfarrer werden durften; sonst wird auch die Staatskirche bewußt ausgespart. Außerdem befaßt sich der Bund mit internationalen Themen wie Südafrika, Südamerika, PLO, israelische Arbeiterpartei, Polen.

Im Anschluß an G. Ewalds Bericht aus der *BRD* wurde nach prominenten Mitgliedern gefragt, nach unserer Organisationsform und nach dem Verhältnis zu den CfS. Zu der Frage nach religiösen Sozialisten in der *DDR* wußte A. van Biemen mit seinen guten Einzelkontakten beizutragen. Es gibt dort einerseits die CDU, die sich z. T. religiös-sozialistisch versteht, und andererseits namenlose Gruppen religiöser Sozialisten.

Die Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz, die es seit Ragaz gibt, hat sich vor 25 Jahren gespalten in die Religiös-soziale Vereinigung mit der Zeitschrift "Neue Wege" und die Neue Religiössoziale Vereinigung mit der 14 täglichen Zeitschrift "Aufbau"; eine eigene Gruppe bilden die Sozialistischen Kirchengenossen Basel. Die beiden letzteren waren in Wien vertreten. Alle drei Gruppen haben sich mit den Religiösen Sozialisten der französischen Schweiz und den CfS zu dem Dachverband "Ökumenische Konferenz Religiöser Sozialisten" zusammengeschlossen, in dem auch die Kritische Kirche Bern mit beobachtendem Status vertreten ist. Man gibt z. B. gemeinsame Presseerklärungen zur Fremdarbeiterfrage und gegen Rechtstendenzen in der Kirche ab. Die Basler haben sich seinerzeit für die Mitenand-Initiative engagiert. M. Mattmiller in Basel ist es gelungen, die Barthianer wieder für den Religiösen Sozialismus zu interessieren. Es gibt keinerlei organisatorischen Zusammenhang mit der Partei; andererseits schätzt man, daß 75 % der Parteimitglieder religiös motiviert sind, womit die Bewegung viel breiter wäre als die genannten Vereinigungen.

Der niederländische Bund mit seinen ca. 800 Mitgliedern versteht sich als Plattform für die Begegnung der fünf linken Parteien. Alle 14 Tage erscheint die Zeitschrift "Tijd en Taak" (Zeit und Aufgabe). Eine niederländische Besonderheit sind die drei Akademien, die der Bund mit einem hauptamtlichen und mehreren halbamtlichen Mitarbeitern betreibt. Es gibt keine lokalen Gruppen. In Amsterdam sind mehrere Dissertationen über den religiösen Sozialismus geschrieben worden.

Die *Italiener* berichteten, daß 1976 der Religiöse Sozialismus in Südeuropa "entdeckt" wurde. Damals wurde in Mailand die azione socialisti cristiani europei/action for european christian socialists gegründet. Ihre Abkürzung "asce" ist auch der Name einer zeimonatlichen mehrsprachigen Zeitschrift, die sich als Forum aller europäischen Gesinnungsgenossen anbietet. Man legt Wert auf die Feststellung, daß die Aktion zwar von den italienischen Sozialisten unterstützt wird, aber nicht Teil der Partei ist.

Als Präsident des Internationalen Bundes berichtete A. van Biemen über seine internationalen Kontakte in den letzten Jahren. Vergeblich waren nur seine Bemühungen um Kontakte nach England, Dänemark, Norwegen und Finnland. Die Ost-West-Tagung in Berlin wurde bedauerlicherweise zuletzt nur noch von Niederländern besucht. Mit dem Versprechen der Besserung reagierten die Delegierten auf die Eröffnung der Tatsache, daß - mit Ausnahme der Schweizer - die Mitglieder im Internationalen Bund ihre Beiträge mäßig oder gar nicht bezahlen.

So scheiterte bisher eine internationale Zeitschrift an Geld und Personal. Eine Auswertung der nationalen Zeitschriften, die allgemein als wünschenswert bezeichnet wurde, stößt oft auf sprachliche Schwierigkeiten. So wertet "Tijd en Taak" nur die deutschsprachigen aus. Nicht ausdiskutiert wurde die Frage, wieweit man sich deshalb in "asce" zu Wort melden sollte, Für die gemeinsame internationale Arbeit wurden die Themen Frieden, Umweltschutz, Grundwerte der Parteien, Kapitalismuskritik, Selbstbestimmung vorgeschlagen. Dabei soll aber nicht vergessen werden, daß wir als religiöse Sozialisten unseren speziellen Beitrag zu leisten hätten. Ferner könnte man in gemeinsamen Erklärungen dem Weltkirchenrat Rückendeckung geben.

Bei den Wahlen wurde A. van Biemen im Amt bestätigt. Bert Krijnen, hauptamtlicher Mitarbeiter unserer niederländischen Genossen, ist Sekretär des Internationalen Bundes. Die nationalen Bünde entsenden je einen Vertreter in den Vorstand. Für die BRD wurde provisorisch J. Finnern benannt; seine Wahl durch die Mitgliederversammlung ist inzwischen in Bergisch-Gladbach erfolgt.

"asce" wird in Zukunft immer zu den Tagungen des internationalen Bundes eingeladen, strebt aber darüber hinaus keine Mitgliedschaft an, da sie sich selbst schon als lose Konföderation versteht, die aber auch ihrerseits keine formellen Mitglieder aufnimmt.

Eine noch zu benennende nationale Gruppe soll in zwei Jahren wieder eine internationale Tagung organisieren.

Henning Gloyer

# Resolution gegen die Stationierung neuer Atomraketen

beschlossen vom Internationalen Bund Religiöser Sozialisten und von der Internationalen Konferenz christlicher Sozialisten in Wien, 19.9.1981

Eine tödliche Gefahr droht uns allen. Das atomare Wettrüsten der Militärblöcke in West und Ost bringt die Welt der Gefahr eines Kriegsausbruchs immer näher. Bereits in den letzten zehn Jahren hat sich die Anzahl der strategischen Atomsprengköpfe mehr als verdoppelt. Ihre Anzahl reicht auf beiden Seiten aus, um die Bevölkerung ca. 30 - 4ofach zu vernichten.

Nun plant die NATO, ab 1983 in Europa 464 Marschflugkörper und 108 Pershing II Raketen zusätzlich zu installieren. Eurostrategische Waffen machen einen Atomkrieg aus drei Gründen wahrscheinlicher.

- 1. Wegen der kurzen Flugzeit von ca. 5 Minuten eignen sich diese Mittelstreckenraketen zu Überraschungsangriffen.
- 2. Im Falle eines Mißverständnisses bleibt keine Zeit zur Überprüfung. "Krieg aus Versehen", Krieg als Folge riskanter, ultimativer Drohung wird eine schreckliche Möglichkeit. Schon jetzt sind 4 von 5 Machtzentren gegen die UdSSR: Westeuropa, USA, China, Japan. Die Gefahr von Panikreaktionen dieser hochgerüsteten aber vielfach bedrohten Macht ist nicht auszuschließen.
- 3. Die eurostrategischen Waffen verschieben das Kräftegleichgewicht durch Wiederholung der Kubakrise mit umgekehrten Vorzeichen. Damals wäre es bald zum Weltkrieg gekommen. Die UdSSR ist mit eurostrategischen Waffen angreifbar, die USA nicht. Überdies entsteht in der neuen Situation die Gefahr, Europa könnte als möglicher Kriegsschauplatz vom Territorium der USA abgekoppelt werden. Ständig weitet sich der militärisch-industrielle Komplex aus und greiftin alle Lebensbereiche ein.

In einer Zeit, in der 1 Mrd. Menschen hungert, in der es auch in unseren Ländern noch Armut gibt, dürfen wir nicht länger die Vergeudung von Mitteln in der Rüstung zulassen. Denkt um! Wenn weiter in den Kategorien der sogenannten Abschreckung gedacht wird, kann weitere Drehung der Rüstungsspirale und Todesgefahr für alle die Folge sein.

Statt dessen müssen wir alles daransetzen, durch Rüstungskontrolle, schrittweise Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen den bisherigen Rüstungswettlauf umzukehren. Fordert mit uns:

- keine neue Atomraketen, keine Neutronenbomben
- Verhandlungen über Verringerung der Atomwaffen, über ein atomwaffenfreies Europa mit dem Ziel des Abbaues der Rüstung überhaupt, mit dem Ziel, in Konflikten internationales Recht entscheiden zu lassen.

Die Sozialdemokratischen Parteien, Gewerkschaften, Friedensbewegungen und Kirchen haben die Chance und Aufgabe, die öffentliche Meinung und die Regierungen für Abrüstungsmaßnahmen zu gewinnen.

Nur noch miteinander, nicht gegeneinander können die Menschen sicher sein. Als Christen erinnern wir uns an Gottes Wort. Wir sind berufen, Frieden zu schaffen. Der Mensch, Gottes Ebenbild, steht unter Gottes Schutz; der Mensch hat ein Recht auf Leben. Deshalb ist die Liebe sogar des Feindes das Gebot Gottes, der allen Menschen Barmherzigkeit und Versöhnung anbietet. Seine Verheißung ist zugleich Auftrag zum Handeln und auf Erden Frieden unter den Menschen, an denen Gott Wohlgefallen hat.

# Resolution zum Anti-Rassismus-Programm des Weltkirchenrats,

beschlossen vom Internationalen Bund Religiöser Sozialisten und von der Internationalen Konferenz christlicher Sozialisten in Wien, 19.9.1981

Die internationale Konferenz christlicher Sozialisten in Wien und der Internationale Bund Religiöser Sozialisten beobachten mit großer Sorge den zunehmenden Druck, den rechtsgerichtete Kreise in den USA und Westeuropa auf die Tätigkeit des Weltkirchenrates auszuüben versuchen. Es entsteht die Gefahr, daß die Christen der westlichen Industriestaaten den Kontakt mit den Kirchen Afrikas und Lateinamerikas verlieren, auf deren ausdrücklichen Wunsch sich der Weltkirchenrat gegen die Rassentrennung gewandt hat.

Als Christen versichern wir dem Weltkirchenrat unsere Unterstützung, insbesondere auch in Bezug auf das Anti-Rassismus-Programm, welches wir als einen Versuch verstehen, Gerechtigkeitsforderungen des Evangeliums in dieser Welt zu verwirklichen. Wir begrüßen es, daß der Weltkirchenrat von theoretischen Darlegungen zu konkreten Maßnahmen (Bankenboykott) fortgeschritten ist, und ermutigen zum Durchhalten dieser Politik.

Als Sozialisten erwarten wir, daß die Sozialistische Internationale den Kampf des Weltkirchenrates unterstützt und ihrerseits die Bekämpfung des Rassismus verstärkt.

# Religiöser Sozialismus in Norwegen

Uber den "Bund christlicher Arbeiter Norwegens" haben wir zuletzt in Heft 4/1977 im Rahmen eines Berichts über die skandinavischen Bünde informiert. Den nachstehenden Bericht über den norwegischen Bund schickte uns Gerhard O. Tönnessen, der lange Zeit der Leitung des norwegischen Bundes angehört hat.

Der "Bund Christlicher Arbeiter Norwegens" (Norges Kristne Arbeideres Forbund) wurde am 19. Februar 1939 in Oslo gegründet. Die 70 Teilnehmer in Oslo – unter ihnen Lutheraner, Methodisten, Pfingstler – hegten den gemeinsamen Wunsch, eine christliche Arbeiterorganisation zu bilden. Sie bekannten sich als Christen und Sozialisten und hatten persönlich erlebt, wie schwierig das sein kann. Die Kirche begegnete ihnen mit Mißtrauen, weil sie sich als Sozialisten bekannten; die Ar-

beitskameraden betrachteten sie ebenfalls mit Mißtrauen, weil sie Christen waren. So befanden sie sich in einer sehr schwierigen Lage.

Doch sie wollten einen Traum verwirklichen: eine christliche Arbeiterorganisation, die organisatorisch nicht mit der Kirche, sondern mit der norwegischen Arbeiterpartei verbunden war. Schon 1937 hatte der Laienprediger Hans Lindahl das Buch "Sozialismus und Christentum" herausgegeben. In der Zeitung "KRATI", die er 1938 gründete, warb er dafür, daß der Christ auch politisch tätig sein sollte. Hans Lindahl wünschte, daß die norwegische Arbeiterbewegung sich für Sozialismus und Christentum entscheiden sollte, nicht für einen Sozialismus gegen das Christentum.

Nach der Satzung des Bundes muß die Mehrheit des Vorstandes und der erste Vorsitzende Mitglied der norwegischen Arbeiterpartei sein. Durch die Jahre gab es immer Mitglieder, die forderten, daß der Bund parteipolitisch unabhängig werden müßte.

Im Jahr 1956 verließ Hans Lindahl mit seinen Anhängern den Bund und gründete eine evangelische Arbeiterbewegung ohne organisatorische Verbindung zur Arbeiterpartei, wenngleich die Mitglieder persönlich der norwegischen Arbeiterpartei angehören.

Im Sommer 1980 wurde das Verhältnis unseres Bundes zu der norwegischen Arbeiterpartei wieder erörtert. Das Ergebnis war überzeugend: Keine Änderung unserer Satzung. Wir meinen, daß innerhalb der Arbeiterbewegung, unter den Kameraden, bessere Möglichkeiten für die Verwirklichung der Ziele des Bundes bestehen als außerhalb der Partei.

Die Verkündigung der Botschaft Jesu Christi war immer das Hauptanliegen des norwegischen Bundes, das durch die Betriebsandachten
während der Frühstückspausen durchgeführt wurde. Unter den Predigern finden wir nicht nur Pfarrer, sondern auch Vertreter der
Heilsarmee, Laien und Sekretäre des Bundes. Diese Betriebsandachten
sind eine Besonderheit des norwegischen Bundes; es gibt sie nicht
in den anderen skandinavischen Bünden. Bei dem heutigen Betriebstempo wird es immer schwieriger, während der Arbeitszeit für die
Andacht einen Platz zu finden.

Der Bund Christlicher Arbeiter Norwegens ist heute zahlenmäßig klein, nicht nur wegen der Spaltung von 1956, sondern auch weil der Nachwuchs fehlt. Sind die Arbeitsmethoden zu altmodisch, ohne Appell an die Jugend? Auch die Studenten fehlen. Die skandinavische Arbeiterbewegung war immer mißtrauisch gegenüber Akademikern. Sie gehörten zu einer anderen Welt. Die Mehrheit der Studenten und Akademiker, die sich als Christen und Sozialisten verstehen, haben sich anderen Gruppen angeschlossen. Es ist dem Bund nicht gelungen, die Organisation aller Sozialisten, die sich als Christen verstehen, zu werden.

wie ist die Zukunft des Bundes zu beurteilen? Meiner Meinung nach muß man sich klar darüber werden, ob man bei den alten Positionen bleiben will, oder ob man sich viel stärker bewußt in der politischen Arbeit engagieren soll. Im Herbst 1982 wird die erste christliche Arbeiter-Volkshochschule mit etwa 110 Plätzen eröffnet. Darf man sagen, daß man nicht nur an der Vergangenheit hängt, sondern die Zukunft gestalten will? Und das ist doch richtig, denn zur Hoffnung sind wir berufen!

Erklärung der Gustav-Heinemann-Initiative zum geplanten Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens vom Bund der Religiösen Sozialisten übernommen

Der Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands hat sich die nachstehend mitgeteilte Erklärung der Gustav-Heinemann-Initiative zum geplanten Bau der Startbahn West zueigen gemacht.

Gegen den Bau der geplanten Startbahn West des Frankfurter Flughafens hat sich in Hessen eine breite Bürgerbewegung entwickelt. Wir unterstützen diese Bürgerbewegung.

- 1. Mit dem Bau der Startbahn West würde das letzte zusammenhängende Waldgebiet südlich von Frankfurt zerstört. Mit dieser "grünen Lunge" würde zugleich das Naturschutzgebiet "Mönchbrunn" und ein wichtiges Naherholungsgebiet für die Bevölkerung vernichtet. Darüber hinaus würde der Grundwasserhaushalt des Gebietes südlich von Frankfurt gefährdet.
- 2. Der Bau der Startbahn West ist kein Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen im Rhein-Main-Gebiet. Die Arbeitsplatzentwicklung hängt von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ab. Es wird zunehmend deutlich, daß das Rhein-Main-Gebiet an die Grenzen einer sinnvollen wirtschaftlichen und ökologischen Belastbarkeit angelangt ist. Die hohen Kosten des Startbahnbaues werden eher einen Rationalisierungsdruck auf den Frankfurter Flughafen auslösen, der auch bestehende Arbeitsplätze gefährdet.
- 3. Vorhandene Kapazitätsengpässe auf dem Frankfurter Flughafen können durch andere Maßnahmen als durch den Bau der Startbahn West gelöst werden. Hier könnte vor allem eine integrierte Verkehrsplanung in der Bundesrepublik dazu beitragen, daß sich der Frankfurter Flughafen schwerpunktmäßig auf den internationalen Flugverkehr konzentrieren kann. Zudem spricht die Gesamtentwicklung im Luftverkehr gegen die optimistischen Wachstumsprognosen der Sechziger Jahre, die der Planung der Startbahn West zugrundeliegen. Auch unter verkehrstechnischen und verkehrspolitischen Gesichtspunkten ist der Bau der Startbahn West nicht notwendig.

Die Gustav-Heinemann-Initiative unterstützt die Erklärung der Kir-

chenleitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau vom 16.10. 1981 zur geplanten Startbahn West, in der ein Baustopp bis zur Entscheidung über das verlangte Volksbegehren gegen die Startbahn gefordert wird. Darüber hinaus teilt die Gustav-Heinemann-Initiative, wie die hessische Landeskirche, die schweren Sorgen der von dem Startbahnbau betroffenen Bevölkerung, die die künftigen Belastungen für unzumutbar hält. Deshalb sollte der Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens ausgesetzt werden.

31. Oktober 1981

Vorstand der Gustav-Heinemann-Initiative gez. Brigitte Gollwitzer, Sprecherin

ich

STEN DEUTSCH-gegenwärtigen in Briefmarken SOZIALIST" "CHRIST UND zur 50 Bundesorgans "CHRIST ND DER RELIGIÖSEN SOZ. jonen zur Geschichte, anisation (bitte DM 1 - Informationen Situation beilegen) einer Kont 0

"CHRIST UND S die Mitglieds UDS e.V. ich Hiermit abonn Ich beantrage

000

Kontaktanschrift

DER RELIGIÖSEN

SOZIALIST" ab schaft im BUND

0

Finnern Jürgen Finner Jakob-Kaiser-

# **Autoren dieses Heftes**

Heinrich Albertz, ev. Pfarrer i.R., Rolandstraße 6B, 1000 Berlin 38 Christiane Dannemann, Vikarin, Europaring 2, 6080 Groß-Gerau. (Siehe CuS 2/1981, 1/1981).

Ulrich Dannemann, Dr. theol., ev. Pfarrer, Europaring 2, 6080 Groß-Gerau. (Siehe CuS 4/1980, 4/1979, 4/1978, 3/1977).

Erhard Eppler, Dr. phil., MdL, Haus des Landtags, 7000 Stuttgart 1

Reinhard Gaede, Dr. theol., ev. Pfarrer, Laarer Straße 297, 4900 Herford. (Siehe CuS 3/1981, 1/1981, 2/1980, 1/1979, 4/1977, 3/1977, 2/1977).

Henning Gloyer, Dr. phil., Sprachlehrer (Deutsch als Fremdsprache), Gutenbergstraße 12, 8400 Regensburg. (Siehe CuS 2/1980).

Helmut Gollwitzer, Dr. theol., em. Professor für Systematische Theologie, Nebinger Straße 11, 1000 Berlin 33. (Siehe CuS 1/1980, 3/1979).

Johannes Harder, em. Professor für Sozialwissenschaft, Am Aspe 8, 6490 Schlüchtern 8.

(Siehe CuS 1/1980, 4/1979, 4/1977, 1/1977).

Hans-H. Hücking, Dipl.-Theologe, Kielstraße 1, 4600 Dortmund 1.

Klaus Kreppel, Dr. phil., Fachleiter für Sozialwissenschaften am Studienseminar, Beuthenerstraße 4, 4800 Bielefeld 17. (Siehe CuS 2/1981, 3/1980, 4/1978).

Maria Kühn-Ludewig, Tewaagstraße 6, 4600 Dortmund 1

Eva Lüders, Dr. phil., Raven, 2121 Soderstorf. (Siehe CuS 1/1981).

Annette Muhr-Nelson, Studentin (ev. Theologie), Kaufmannstraße 26, 5300 Bonn 1. (Siehe CuS 1/1981).

Heinz Röhr, Dr. theol., Professor für evangelische Theologie, Winterbachstraße 30, 6000 Frankfurt 1. (Siehe CuS 1/1981, 4/1980, 1/1980, 4/1977).

Ulrich Schmid, Student (Geschichtswissenschaft), Eisenstraße 6, 4800 Bielefeld 14. (Siehe CuS 2/1981, 3/1980, 4/1978).

Gerhard O. Tönnessen, ev. Pfarrer i.R., Prestegarden, N 4740 Tveit.

